

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 164.

Montag, den 17. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Halb und halb.

Moderne Strafrechtsreformer.

II.

Der Hauptunterschied des klassisch-soziologischen, aber (wie Herr v. Liszt im März rühmt) „aus einem Guss“ gearbeiteten Gegenentwurfs von dem aus sämtlichen reaktionären Güssen gearbeiteten Vorentwurf liegt in der vereinfachten und übersichtlichen kriminalistischen Buchführung. Wenn der arme Sünder nach der Rahl-Lisztischen Methode gelegentlich noch schärfer angefaßt wird als selbst nach dem Vorentwurf, so kann er die Strafe in dem schönen Bewußtsein annehmen, daß er doch viel ordentlicher verurteilt worden ist als nach der anderen Art. Frau Justitia wird zwar auch künftig die Leute überfahren, aber sofern es nach den Wünschen des Quartetts geht, werden ihnen zu geregelterem Tarif die Glieder gebrochen werden: Die Dame der Gerechtigkeit nach der Rahl-Lisztischen Form fährt Tazameter, unbillig aber reell.

Ein Vorzug des Gegenentwurfs ist die Vollständigkeit. Alle Dinge zwischen Himmel und Erde, die strafbar sind, finden im Strafgesetzbuch Aufnahme, also auch die Strafbestimmungen der „Nebengesetze“, wie der Konkursordnung und des Viehseuchengesetzes, der Gewerbeordnung und des Sprengstoffgesetzes. Man braucht künftig, wenn man morgens aufsteht, nur in einem einzigen dünnen Heft nachzusehen, wogegen man im Laufe des Tages zu sündigen vermöchte.

Neben der Vollständigkeit bringt der Gegenentwurf auch die reinliche Scheidung: Verbrechen und Vergehen werden von den bloßen Übertretungen gesondert, die schließlich in einem einheitlichen Reichspolizeistrafrecht gesammelt werden sollen.

Ferner wird auch der Strafvollzug — das ist ein Fortschritt — innerhalb des Strafgesetzbuches bis in die Einzelheiten geregelt. Wie er geregelt wird, werden wir alsbald sehen.

Den Hauptwert aber haben die Verfasser auf die Vereinfachung und Übersichtlichkeit des Strafsystems und der Strafbrohungen gelegt. Zuchthaus und Gefängnis sind vollständig getrennt; das eine gilt für Verbrechen, das andere für Vergehen. Die Strafen greifen auch nicht, wie im Vorentwurf, ineinander über. Das Gefängnis schließt mit einer Höchststrafe von 2 Jahren ab (jetzt und im Vorentwurf 5 Jahre), das Zuchthaus beginnt mit einem Mindestmaß von 2 Jahren (nach geltendem Recht und Vorentwurf 1 Jahr). Haft tritt an die Stelle von Zuchthaus und Gefängnis, wo die Tat nicht aus ehroser Gefinnung hervorgegangen ist. Übertretungen werden nur durch Geldstrafen gebüßt. Auch wo bei Vergehen wahlweise Geldstrafen zugelassen sind, ist ein festes Verhältnis bestimmt: Gefängnis bis zu 6 Monaten = Geldstrafe bis 1000 Mk., Gefängnis bis zu 1 Jahr = Geldstrafe bis zu 5000 Mk., Gefängnis bis zu 2 Jahren = Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. So kommt der Gegenentwurf mit 16 Strafbrohungen aus, während der Vorentwurf 116 braucht. „Ich erblicke“, schreibt Herr v. Liszt, „in dieser einheitlichen und übersichtlichen Verwendung des Strafsystems einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Recht und namentlich auch gegenüber dem Vorentwurf.“

Wir verstehen diesen Stolz nicht. Dergleichen saubere Taten lassen sich ohne jede Mühe in fünf Minuten ausarbeiten. Aber für die lebendigen Menschglieder, die in dieser Maschinerie zermalmt werden, ist es kein Vorteil, wenn sie in dem bewundernden Bewußtsein bluten dürfen, daß in der Maschine alles überflüssige Räderwerk beseitigt ist. Zudem führt diese Vereinfachung vielfach zu Verschärfungen. Der Willkür der Richter sind nach wie vor bei der Strausmessung die weitesten Grenzen gelassen, und das neu eingeführte, in gewissen Fällen unbeschränkte richterliche Strafmilderungs- und -schärfungsrecht erweitert das Bereich der Willkür noch, und das bei einer Justiz, die keine innere Gemeinschaft mit den breiten Massen des Volkes hat.

Aber dieser ganzen technischen Verbesserung vermögen wir keinen sonderlichen Wert beizumessen, da die Soziologen bei ihrer Verbindung mit der alten Schule den sozialen Geist als Kuppelpreis bezahlt haben. Diesen antizipierten sozialen Geist haben wir schon bei der kriminellen Umwälzung des Koalitionsrechts gewürdigt. Er tritt auch im Strafvollzug hervor. Daß der Strafvollzug der Willkür der Verwaltung entzogen und im Strafgesetzbuch gesetzlich geregelt wird, ist selbstverständlich. Denn die Strafe, die der Richter ausspricht, gewinnt ihren Inhalt doch erst durch die Art der Vollstreckung.

Etwas frische Luft haben ja nun freilich die Verfasser in den Strafvollzug eingepumpt. Ein wenig haben sie von den modernen Gedanken genascht, die anderswo be-

reits verwirklicht worden sind. Daß die Strafe erzieherisch wirken, den durch die üblen Einwirkungen der gesellschaftlichen Zustände mißleiteten, hemmungslosen Willen widerstandsfähig machen soll, weiß Herr von Liszt. Aber sein klassischer Kompagnon Herr Rahl hat mit Erfolg auch sein Vergeltungs- und Abschreckungsprinzip zur Geltung gebracht, das den an sich schwachen, zügellosen Willen durch den Strafvollzug vollständig zerlegt. Das ist die mittlere Linie, auf der sich die Herren froh gefunden: Auf dem Rücken des Gefangenen wird das Kompromiß geschlossen. Der arme Sünder kann künftig vertrauensvoll sich dem von den Professoren Liszt und Rahl zugleich aufgeklärten Kerkermeister überlassen: Sein schwacher, aber böser Wille wird erst gelähmt und dann gebrochen oder auch umgekehrt; das Opfer sozialer Verhältnisse wird wegen seines verbrecherischen Willens erzieherisch unschädlich gemacht: klassisch und soziologisch auf einmal!

Die moderne Richtung findet sich in dem „Strafvollzug in Stufen“. Es sind allmähliche Milderungen vorgesehen. „Für das Aufsteigen in eine höhere Strafstufe sind der Fleiß des Gefangenen bei der Arbeit und sein Betragen maßgebend.“ Aber dann kommt gleich der klassische Kollege und in demselben § 50 wird bestimmt, daß gerade an diejenigen schärfere Anforderungen hinsichtlich des Aufstiegens gestellt werden sollen, denen doch die sittliche Besserung am schwersten fällt: bei Zuchthäusern und noch schärfer bei vorbestraften Zuchthäusern. Ganz und gar triumphiert schließlich die alte Schule in der Tafel der zulässigen Disziplinarstrafen: Da finden wir sämtliche Folterweisen wieder: sogar die Einsperrung in eine dunkle Zelle bis zur Dauer von vier Wochen. Wenn der Soziologe einen einzigen Menschen vorsehen kann, der durch den Dunkelarrest gebessert ist — also den soziologischen Strafzweck erfüllt — dann werden wir Herrn v. Liszt für einen humanen Strafrechtsreformer halten.

Freilich behält der Gegenentwurf ja auch die Todesstrafe bei, aber natürlich eine soziologisch verfeinerte Todesstrafe: sie soll durch die revolutionäre Guillotine vollzogen werden, nicht mehr durch das klassische preußische Henkerbeil; dies Zugeständnis war gewiß für Herrn Rahl ein schweres Opfer. Dabei hat Herr Liszt nicht gemerkt, daß er mit der Zulassung der Todesstrafe ein anderes Grundprinzip seines Gegenentwurfs zerstört hat: nämlich die Möglichkeit vorläufiger Entlassung in allen Fällen, auch bei lebenslanger Zuchthausstrafe, die im Vorentwurf von den Fällen vorläufiger Entlassung ausgenommen ist. Diese Bestimmung des Gegenentwurfs beruht doch offenbar auf dem Grundsatze, daß keine Strafe hoffnungslos für immer sein soll; dagegen kann man den soziologisch Guillotinierten niemals mehr vorläufig entlassen.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reserveoffiziere als sozialdemokratische Wähler.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer bekannten ruppigen Weise vor ein paar Tagen erklärt, daß ein Reserveoffizier, der sozialdemokratisch wählt, eine ehrvergeßene Verletzung seiner Eidespflicht begeht und ohne weiteres aus dem Offiziersstand ausgestoßen werden müßte. Der „Post“, die diesen Passus beifällig abgedruckt hat, geht nun aus Reserveoffizierskreisen ein Schreiben zu, in dem diese Sätze vorkommen:

„Nach der wohl auch Ihnen bekannten Kabinettsorder des Kaisers ist derjenige ehrlos, der böswillig die Ehre eines andern verlegt. Den Vorwurf der Ehrvergeßlichkeit darf man daher ruhig dem Schreiber zurückgeben, der sich erdreistet, deutsche Offiziere, die im nationalen Interesse es für richtig halten, in Notfällen zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen, zu beschimpfen und sie mit Ehrenstrafen zu bedrohen, die, wie die Ausstoßung aus dem Offiziersstande, nur bei gemeinen Verbrechen verhängt werden.“

Ich selbst bin seit 14 Jahren in Ehren preussischer Offizier und würde dem die gebührende Antwort zu geben wissen, der sich herausnimmt, an meiner Pflicht und Treue gegen Kaiser und Reich zu zweifeln; daß ich aber auch darüber hinaus in völliger Beziehung stets meine Pflicht erfüllt und meinen Mann gestellt habe, dürfte wohl Ihnen bekannt sein. Das verhindert mich aber nicht, die Meinung von Hunderten meiner Kameraden zu teilen, daß das Zentrum in jeder Beziehung gefährlicher und verderblicher ist für Reich und Vaterland, wie die Sozialdemokratie und daß demjenigen kein Vorwurf zu machen ist, der aus dieser Überzeugung die einzig richtige Schlussfolgerung z. B. bei Wahlen zu ziehen glaubt.“

Den Mut dieses Mannes in allen Ehren! Daß manche Reserveoffiziere seine Meinung teilen, ist sicher.

Wenn aber das Kriegsministerium den Namen des Mannes erfährt, dann ist er geliefert. Auch der Reserveoffizier muß blindlings gehorchen.

Herr v. Seyl dementiert.

Die „Kreuzzeitung“ erhielt folgende Zuschrift von dem Reichstagsabgeordneten v. Seyl zu Herrnsheim:

„Die vom „Berliner Tageblatt“ verbreitete Nachricht, daß ich infolge einer Versammlung, die Dr. Stresemann in Mainz abgehalten, die Verbindung mit meinem Rechtsanwalt Dr. Wagenstecher in Mainz gelöst habe und Volksschullehrer als Dirigenten meiner Arbeitergesangsvereine angestellt hätte, weil sie Vortragskurse des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie besucht hätten, ist in allen Punkten völlig unwar. Dr. Wagenstecher ist in den letzten Jahren nur in ganz seltenen Fällen in Anspruch genommen worden, so daß nur ein verschwindendes Honorar in Betracht kommt. Ein Volksschullehrer war längst Dirigent, ehe er den Vortragskurs besuchte; der zweite ist überhaupt nicht als Dirigent angestellt gewesen. Von der Absicht dieser Lehrer, diese Kurse zu besuchen, war mir überhaupt nichts bekannt.“

Die Sache mit dem Rechtsanwalt Dr. Wagenstecher stimmt also, ob es sich bei der Entziehung der Vertretung mit einer mehr oder minder großen Einbuße an Honorar handelt, ist schließlich eine sehr nebensächliche Frage.

Gleichzeitig läßt Abg. v. Seyl in der ihm nahe stehenden Presse verkünden, daß er nicht daran denke, aus dem politischen Leben auszuscheiden, wie das vor wenigen Tagen von einer bürgerlichen Korrespondenz behauptet wurde.

Sie Freihandel — Sie Schutzzoll.

Der Kampf gegen den Hanfabund ist von den Scharfmachern nunmehr auf eine sehr einfache Formel gebracht worden. In einem Rundschreiben, das die Rheinisch-westfälische Bezirksgruppe zum Schutze und zur Förderung der Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie — wie sich kurz und bündig die Abtrünnigen nennen — versandt hat, wird darauf hingewiesen, daß der Hanfabund eigentlich als Vertretung des Freihandels angesehen werden müsse. Die Industrie bedarf aber des Schutzzolles, denn nur dadurch sei es ihr möglich gewesen, die großen Aufwendungen für die soziale Gesetzgebung zu machen und den Arbeitern und Beamten Lohnerhöhungen zu gewähren. Die Leitung des Hanfabundes hat bekanntlich klargestellt, daß die Ursache des Ausgehens der Vertreter der Schwerindustrie nur darin zu suchen sei, daß die Schwerindustrie gemeinsam mit den Agrariern den Kampf um höhere Zölle führen wolle. Der Zentralverband deutscher Industrieller bedient sich der „Süddeutschen Wirtschafts-korrespondenz“, um seine Anschauungen in die Presse zu lancieren. Durch die genannte Korrespondenz gehen den Zeitungen nämlich Artikel zu, die mit der Bemerkung versehen sind: „Zum kostenlosen Abdruck für die Presse ohne Quellenangabe“. Der Urheber dieser Artikel ist niemand anders als der fassam Geschäftsführer des Hanfabundes für das Saargebiet gewesen ist. Die Scharfmacher behaupten, daß die Zahl der Mitglieder, die dem Hanfabund den Rücken gekehrt haben, weit höher sei, als in der Öffentlichkeit angegeben werde. Die führende Presse des Zentrums steht in diesem Kampfe auf Seite der Scharfmacher. So veröffentlicht die „Rheinische Volkszeitung“ eine Zuschrift, in der hervorgehoben wird:

„Wenn der Verlust, den der Hanfabund durch den Austritt des Zentralverbandes erleidet, auch zunächst numerisch keine so große Rolle spielt, so bedeutet er aber in bezug auf die Einbuße, die dieser an Einfluß und materieller Leistungsfähigkeit erleidet, eine vollständige Niederlage für den Bund.“

Diesem mußte es vor allem darum zu tun sein, den Einfluß und die pekuniären Hilfsmittel der Großindustrie, von denen einzelne Werke ja viele Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigen und dem Hanfabund noch mehr Tausende von Mark jährlich zur Verfügung stellen können, auf seiner Seite zu haben. Der Hanfabund war auch in bezug auf Heranziehung seiner Mitglieder zu finanziellen Leistungen keineswegs zaghaft; hatte er doch vor etwa 8 Monaten das Ansehen gestellt, jedes Mitglied, welches der Industrie angehöre, solle für die Jahre 1910 und 1911 von je 1000 Mk. gezahlten Löhnen und Gehältern eine Mark jährlich zur Bundeskasse entrichten. Das hätte eine jährliche Einnahme von etwa 12 Millionen Mark gegeben, für die beiden Jahre 1910 und 1911 zusammen etwa 24 Millionen Mk.; jedenfalls ein schöner Wahlfonds für die nächsten Reichstagswahlen. Es hätten dann für jeden Wahlkreis etwa 60 000 Mark zur Verfügung gestanden.“

Mit großer Genugtuung wird dann in der Zuschrift hervorgehoben, daß es die Industrie mit dem Bezahlen nicht so eilig hat, denn eine Firma z. B., die auf Grund der Hanfabunds-Lage für die Jahre 1910-1911 rund 10 000 Mk. hat beisteuern sollen, habe statt dessen nur 500 Mk. bezahlt, wahrscheinlich deshalb, weil man dem Hanfabund bereits nicht mehr recht traute.

Es ist ganz amüsant, wenn in diesem Kampfe Dinge zum Vorschein kommen, von denen die Öffentlichkeit bisher keine Ahnung hatte. Aus den genannten Summen läßt sich aber schließen, welche ungeheure Kampfe bei den kommenden Wahlen entgegenstehen. Wenn auch die Mittel des Hansabundes nicht so groß sein sollten, als wie sie oben angegeben worden sind, so spielt im Wahlkampf doch auch der Wahlfonds der „Juliusstürmer“, der sicher nicht gering ist, eine ganz bedeutende Rolle. Was bisher durch schädliche Bekämpfung und Verleumdungen aller Art nicht möglich war, die Sozialdemokratie in ihrer Stimmenzahl zurückzudrängen, das soll anscheinend jetzt durch die Macht des „rollenden Talers“ versucht werden.

Militärisches.

Zu den diesjährigen Herbstübungen werden nicht weniger als 407 618 Mann aus den Mannschaften des Beurlaubtenstandes eingezogen. Für die Dauer der Kaiser-Mannschaften erhalten die daran beteiligten Regimenter zu zwei Bataillonen ein drittes Bataillon, das aus aktiven und Reservemannschaften zusammengestellt wird. Diese dritten Bataillone für die Dauer zu bekommen, ist längst der heißeste Wunsch der Heeresverwaltung und nur die Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen hat verhindert, daß diese Forderung schon dieses Frühjahr gestellt wurde. Daß sie aber kommt, das kann keinem Zweifel unterliegen. Gleichzeitig erfährt man, daß auch Angehörige des Landsturms, der bekanntlich von Friedensübungen befreit ist, zu mehrtägigen freiwilligen Übungen einberufen werden. Vermutlich handelt es sich dabei um Kriegervereine, die von dem Drill nicht genug kriegen können. Etablierte Mittel dafür sind jedoch nicht vorhanden und deshalb wäre es wünschenswert zu wissen, aus welchen Fonds die Kosten dieser Übungen gedeckt werden.

Eine Erklärung des Hansabundes.

Das Direktorium des Hansabundes hat zu der gegenwärtigen Situation Stellung genommen und sich bei dieser Gelegenheit namentlich mit dem Vorwurf befaßt, daß der Bund eine einseitig links gerichtete Parteipolitik verfolge, es an Klarheit in der Stellung gegenüber der Sozialdemokratie fehlen lasse und den Schutz der nationalen Arbeit gefährde. Das Direktorium stellt demgegenüber fest:

1. Der Hansabund denkt nicht daran und hat niemals daran gedacht, sich in das Schlepptau einer einzelnen politischen Partei zu begeben; vielmehr finden die Angehörigen aller politischen Parteien in ihm Platz und bei ihm Unterstützung, soweit sie die Gewähr dafür bieten, daß sie auf dem Boden der bei der Begründung des Hansabundes vereinbarten Richtlinien stehen.

2. Eine irgendwie geartete Unterstützung oder Förderung der Sozialdemokratie kann für den Hansabund niemals in Frage kommen, insbesondere auch nicht bei den Wahlen einschließlich der Stichwahlen; der Hansabund beharrt vielmehr bei dem im Präsidialbeschluss vom 24. November 1910 festgestellten und auf dem Hansatage vom 12. Juni 1911 wiederholten Grundsatz, daß er die Sozialdemokratie, die sich außerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellt und den einseitigen Klassenkampf predigt, ebenso zu bekämpfen hat, wie das seitens der in ihm vertretenen bürgerlichen politischen Parteien geschieht.

Das Direktorium lehnt es ab, sich durch irgendwelche Rücksichten von dem Kampfe gegen die Agrar-Demagogie abdrängen zu lassen, deren die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie schwer schädigenden Übergriffe den unmittelbaren Anstoß zur Begründung des Hansabundes gegeben haben.

Die geistige Regsamkeit der Wandler.

Zu den geschäftigsten Abgeordneten im Reichstage gehört zweifellos der Bundeshauptling Dr. Koeslcke. Mitunter gehört er zwei — vielleicht auch drei — Kommissionen zu gleicher Zeit an, in denen er die Interessen des Bundes der Landwirte zu vertreten hat. Dieser betriebsame Mann kennt dann, wenn die Kommissionen gleichzeitig tagen, von einem Sitzungssaal in den andern, hält schleunigst eine Rede, um dann gleich wieder zu verschwinden. Wie diese Reden des Herrn Dr. Koeslcke entstehen, darüber gibt nun das Organ des deutschen Bauernbundes eine recht interessante Auskunft. Es wird dort nämlich in einer Polemik gegen den Bund der Landwirte folgendes geschildert:

Die Herren vom Bund der Landwirte, die innerhalb der Berliner Zentrale Bescheid wissen, halten eine derartige Fabrikation von Reden für etwas überaus Selbstverständliches nach den Erfahrungen, die sie mit ihrem eigenen Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Koeslcke, gemacht haben. Es ist in der ganzen Zentrale des Bundes der Landwirte bekannt, — so wenigstens war es in früheren Jahren — daß die gesamten Hilfsarbeiter herangezogen werden, wenn Herr Dr. Koeslcke im Reichstage eine seiner Reden zu halten beabsichtigt. Ganz besonders war der vorstehende Agrarwirtschaftler Edmund Klapper ein Hauptmann der Reden des Herrn Dr. Koeslcke und neben ihm waren noch mancherlei andere Köpfe bei der Veranstaltung Koeslckischer Reden tätig.

Der frühere Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, der Schriftsteller Paul Liman, hat seinerzeit vor Gericht erklärt, daß die Leiter der agrarischen Presse geistig etwas schmerzliche Leute seien. Vermutlich hat er dabei auch die Führer des Bundes der Landwirte mit im Auge gehabt, denn es zeugt zweifellos von geistiger Schwermüdigkeit, wenn ein Abgeordneter sich seine Reden von den Angestellten des Bundes der Landwirte ausarbeiten lassen muß.

Ultramontane Regerverfolgung.

Das Zentrum verlangt in den Parlamenten weitestehende Botschaften für seine religiösen und politischen Ansichten. Wege aber dem, der etwa in gewisser Abhängigkeit von der Zentrumspartei nicht allen reaktionären katholischen Ansichten huldigt. Gegen die Zentrums-Mitglieder im Abgeordnetenhaus, die das Feuerbestattungsgezet nicht niederkümmern vermochten, begann das Regervergicht. Jetzt werden nun auch jene Regervergicht, die bei der Abstimmung über das Feuerbestattungsgezet im Herrenhaus fehlten. So wird aus Aachen gemeldet, daß die Zentrumsmitglieder des Stadtverordnetenkollegiums dem

Oberbürgermeister Beltmann eine Mißtrauenserklärung überreichten, worin sie ihr Bedauern ausdrückten, daß er durch seine Abwesenheit bei der Abstimmung über die Feuerbestattungsvorlage im Herrenhause die Anschauungen und Gefühle der Bürgerschaftsmehrheit nicht berücksichtigt habe.

Der Bürgermeister läßt es hoffentlich an einer kräftigen Abfuhr der intoleranten schwarzen Rehergesellschaft nicht fehlen.

Den Oberbürgermeistern der überwiegend katholischen Städte Köln, Trier und Koblenz, die an der entscheidenden Abstimmung im Herrenhause über die Feuerbestattungsfrage ebenfalls nicht teilgenommen haben, steht somit ein gleiches Verfahren in Aussicht.

Zur Marokkofrage

äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie folgt:

„Der Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs versichert, die Besprechung mit Deutschland werde mit der beharrlichen und unerschütterlichen Sorge für das geführt werden, was die Interessen und die Würde des Landes erfordern, und auch mit der Sorge dafür, zu der Macht, mit der Frankreich unterhandelt, die Beziehungen guten Einvernehmens und vollkommener Loyalität aufrecht zu erhalten. Diese Worte haben wie in Frankreich auch bei uns günstig gewirkt. Die Gesinnung, die daraus spricht, wird in Deutschland erwibert, und für den Fortgang der gegenwärtig zwischen uns und Frankreich in der marokkanischen Frage geführten Verhandlungen behält die wechselseitige Bekundung einer achtungsvollen und freundlichen Stimmung ihren Wert. Auch in der Presse beider Länder ist, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die Erörterung der Marokko-Frage mehr und mehr auf den ruhigen Ton gestimmt worden, der, wo eine Verständigung aufrichtig gesucht wird, der richtige ist.“

Rapide Zunahme der Maul- und Klauenseuche.

Während am 1. Januar ds. Js. in Deutschland erst 4 882 verseuchte Gehöfte gezählt wurden, waren es Ende April 12 505. Am 30. Juni aber wurden 20 793 mit Maul- und Klauenseuche behaftete Gehöfte in 3 737 Gemeinden gezählt. Im Monat Juni hat sich die Seuche gegenüber dem Monat Mai um 24 Proz. vermehrt.

Zur Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf

meldet der „Post“ ein Telegramm, daß die Mitgliederversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen hat, bei der Reichstagsersatzwahl am 9. September für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen das Zentrum einzutreten.

Gegen die Despoten!

Den Männern der schweren Industrie, unter deren eisernem Druck die Nationalliberale Partei so lange stand und zum größten Teil auch heute noch steht, widmet das Berliner nationalliberale Organ, die Nationalzeitung, folgende Zeilen:

Die industriellen Magnaten am Niederrhein und in Westfalen denken an Handelsverträge, an Arbeiterlöhne und an ihre sozialpolitischen Lasten. Wer will es ihnen verdenken? Ideale und hohe Ziele liegen ihnen, die auf ihren Schlössern und in ihren Jagdvieren längst gewohnt sind, Monarchen zu empfangen (wie etwa die Fürstenberg und Henckel), meist unendlich ferne. Sie thronen an goldenen Tischen, sind mit ihren Söhnen in den Garderegimentern und Ministerien, mit ihren Schwiegersöhnen aus dem Gotha (Uradel) sozial saturiert. Den gemeinsamen Interessen des Kaufmannes gegenüber bleiben sie ebenso kühl bis ans Herz hinan, wie es in den bürgerlichen Kämpfen längst verschwundene Zeit die Fugger und Welfer gewesen sind.

In den „Schlössern und Jagdvieren“ wird man das als eine Sprache von Hekern und Aufwieglern empfinden. Dort ist man seit je gewöhnt, in der Nationalliberalen Partei die getreueste Dienerin zu erblicken, und jetzt bekommt man solche Töne zu hören! Wie unerträglich muß der Druck dieser Despoten von Geldsacks Gnaden geworden sein, wenn sich selbst ein nationalliberales Blatt gegen ihn empört!

Osterreich-Ungarn.

Die Stimmenzahl der deutschen Parteien. Nach einer Zusammenstellung kann man heute bereits über die deutschen Wählerstimmen einen vorläufigen Überblick gewinnen. Im ganzen haben sich die auf deutsche Kandidaten abgegebenen Stimmen von 1 784 000 auf 1 823 000 vermehrt. An dem Zuwachs um 39 000 Stimmen partizipieren alle drei großen Parteigruppen. Die Christlichsozialen allerdings nur auf dem Papier. Sie haben statt der 761 000 Stimmen vom Jahre 1907 jetzt 762 000 Stimmen bekommen. Dabei sind aber auch jene Stimmen mitgerechnet, die auf solche Kandidaten entfielen, welche sich von der Partei vollständig fernhalten wollten, so die Abgeordneten Dr. Heisinger und Hruschka. Unter Abrechnung dieser Stimmen hat die christlichsoziale Partei starke Einbuße erlitten. Die Stimmen sämtlicher „Deutschfreier“ sind von 510 000 auf 517 000, also nur um 7 000 Stimmen, die sozialdemokratischen Stimmen aber von 513 000 auf 544 000 Stimmen, also um 31 000 Stimmen gestiegen. — Diese Statistik ist die beste Antwort auf die Renommisterei der Nationalverbändler, die da vorgeben, den größten Sieg erröchten und die Sozialdemokratie nahezu vernichtet zu haben. Die Statistik zeigt, daß erstens die deutsche sozialdemokratische Partei allein stärker ist, als alle „deutschfreierlichen“ Parteien zusammen und daß sie auch besser abgeschnitten hat bei den Wahlen als diese.

Türkei.

Neuer Albanesen-Aufstand. Aus Salona wird gemeldet, daß sich die Bevölkerung erhoben habe, die Behörden bedrohe und ihnen ihre Forderungen unterbreite. Falls die Forderungen nicht erfüllt werden, seien erste Ausschreitungen zu erwarten. Eine Kompanie ist zum Schutze der Fremden und der Behörden nach Salona abgegangen.

Amerika.

Gelegenheit zur Panzerfaustpolitik. In der Negerrepublik Haiti ist wieder einmal „Revolution“, das heißt, eine Anzahl Leute ist der Meinung, daß die andere Klasse jetzt lange genug an der Krippe sei und ihr sehr wohl den Platz einräumen könnte. Das würde in der Außenwelt nun allerdings sehr wenig Interesse wecken, wenn nicht die Finanzfrage wäre. Das „Regieren“ hätte ja für die Herren in Haiti keine Bedeutung, wenn es nicht die Möglichkeit zum Stehlen gäbe; nun muß aber das Geld, das gestohlen werden soll, erst beschafft werden, und das geschieht in der Weise, daß die jeweilige Regierung Staatsanleihen mit europäischen und amerikanischen Finanzleuten abschließt. Diese schließen gegen enorme Zinsen die jeweils erforderlichen Summen vor. Das Risiko ist groß. Sollte der Staat Haiti die Zinsen nicht bezahlen wollen, so wird man — dafür haben die Finanzleute ja ihre „Verbindungen“ — die heimische Regierung als Exekutor vorschicken. Etwas Ähnliches scheint jetzt wieder in Aussicht zu stehen. Wie der „New York Herald“ aus Port au Prince meldet, hat die Regierung von Haiti den Vertretern von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß sie es ablehne, der kürzlich zugestellten Forderung nachzukommen, ihre Schulden zu bezahlen. Eine von Ausländern gebildete Kommission, die sich mit der Angelegenheit befaßt, hat angekündigt, daß nach Ablauf dreier Monate Schritte getan werden würden, um mit oder ohne Beteiligung der Regierung eine Beilegung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Und wenn die „diplomatische“ Aktion, wie vorauszusehen, nichts nützt, dann hat man ja den „Panther“, der schon einmal vor Haiti Gerichtsvollzieherdienste leistete und Heldentaten beging. Die Exekutionskosten zahlen aber nicht etwa die beteiligten Finanzleute, sondern das geduldige Volk.

Mexiko.

Ein Kampf. Bei Puebla erfolgten Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Anhängern Maderos wurden 135 Personen getötet. Die größten Verluste an Menschenleben sind in der Nähe von Covadonga zu verzeichnen, wo streikende Angestellte einer Textilfabrik die Gelegenheit benutzten, Privathäuser zu plündern. In einem dieser Häuser wurden mehrere Deutsche getötet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 17. Juli.

Der Streik der Tapezierer ist noch nicht beendet. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung Maler! Bei der Firma W. Nisef in Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zuzug nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badenborf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Die Zweigvereinsleitung.

m. Vom Volksfest. Seit Hurrapatriotismus und Byzantinismus die Leitung der Festlichkeiten durchtränkt und beeinflusst haben, ist die Bedeutung des Volksfestes immer mehr und mehr im Schwinden.

Zur Erinnerung an die glorreiche Revolution von 1848 geschaffen, ist das Volksfest seit 1871 zum Gedächtnis des französischen Feldzuges und der Wiedererhebung des Deutschen Reiches umgemodelt worden. Das Bürgerium machte Frieden und dachte nicht mehr gern an 1848 zurück. Und so ist von Jahr zu Jahr immer mehr das eigentliche Volk von der Demonstration, besonders durch den Festzug ausgedrückt, ferngeblieben. Das einzige, an welchem sich noch die Massen bei dieser Feier beteiligen, ist der Wudenummel auf dem Burgfeld. Eine Festwiese wie in anderen Städten auch, ohne jeden charakteristischen Einschlag, vor allem, ohne auszudrücken, daß hier ein „Volksfest“ begangen wird. Wohl ist hier im allgemeinen fröhliche Stimmung und Trubel, aber ohne jede besondere Weihe. Jahrmärktstimmung, weiter nichts. Wo aber ist die Erinnerung an die Urkräfte des Volksfestes zu finden? Wer von den Teilnehmern auf der Festwiese denkt daran? Und wer von den Leitern? „Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!“

So ist auch gestern wieder ein Rückgang der Beteiligung am Zuge zu verzeichnen. Trotz aller Reklame und des schönen Vormittagswetters! Und dabei hat man doch alles auf die Beine gebracht, was noch kornblumenblau zu beeinflussen ist. Auch mancher Teilnehmer war dabei, der wohl mehr einem zarten Winke von oben als der inneren Stimme folgte. Wir denken dabei besonders an die Eisenbahner. Und auch an die Lehrlinge. Wenn nicht noch die „deutschen“ Turner, die Schützen, und die Kriegervereine gewesen wären, wäre wohl kaum ein kriegsstarbes Bataillon „Volksfestler“ herausgekommen!

Die Arbeiter fehlten ganz. Selbst die Schornsteinfeger, Träger usw., die doch früher noch mitmachen, waren nicht vertreten. Wäre es deshalb bei den maßgebenden Kreisen nicht bald Zeit, Entschluß zu halten und zu sinnen wie man ein wirkliches Volksfest schafft und dabei sich auch erinnert, daß wir in einer Republik leben! Wie wäre es, wenn man als Unterlage einer solchen Reform des Volksfestes das Reichstagswahlrecht zur Bürgerpflicht einführt? Dann würde der Festzug wirklich ein Festzug des Volkes und nicht wie heute ein Aufgebot des hurrapatriotischen Lübecker Landsturmes sein.

Für die spielende Jugend. Nachdem die Oberschulbehörde für den Spielplatz auf der Falkenwiese einen Wärter angestellt hat, kann dieser Spielplatz in der Zeit, in der er nicht durch Schulen oder Vereine benutzt wird, der Jugend zur Ausübung ihrer Spiele freigegeben werden. Der Platz wird von den Schulen und von einigen Vereinen an sämtlichen Wochentagen, mit Ausnahme von Sonnabenden, nachmittags von 3-7 Uhr, sowie an einigen Abenden und Sonntagvormittags und -nachmittags benutzt. Während der übrigen Zeit steht er also der Jugend zur Verfügung, und zwar während der Sommerferien den ganzen Tag. Die Jugend hat den Anordnungen des Wärters selbstverständlich ohne weiteres Folge zu leisten. Eine Aufsicht über die Kinder auszuüben, ist der Wärter natürlich nicht in der Lage.

Lohnbeschlagnahme für Unterhaltsforderungen. Das Archiv deutscher Berufsverbände hat sich nach seinen Samungen zur Aufgabe gestellt, der Entwicklung der gesamten Kinderfürsorge zu dienen. Es gehört dazu vor allem die unehelichen Kinder, die einen großen Bruchteil unserer Bevölkerung ausmachen, vor ungerechten Benachteiligungen zu schützen, ihre Lage zu heben und ihre unverhältnismäßig

große Säuglingssterblichkeit zu vermindern. Zur Erreichung dieses Zieles wird die Berufsvormünderschaft, die Vormundschaft eines Beamten über einen bestimmten Kreis von Mündeln, wie sie in Halle mit bestem Erfolg besteht, vornehmlich für geeignet gehalten, und mit Benützung kann darauf hingewiesen werden, daß die Einrichtung an Ausbreitung stetig gewinnt, durch Erlasse der Regierungen empfohlen und von einer deutschen Stadt nach der anderen eingeführt wird. Ob sie freilich so über allen Zweifel erhaben ist oder nicht, auch große Schattenseiten hat, soll im jetzigen Augenblick ununtersucht bleiben. Auf der Tagung deutscher Berufsvormünder ist nun der Beschluß gefaßt worden, den Unternehmern folgendes zu unterbreiten: „Es ist oft beobachtet worden, daß die Lohnbeschlagnahme für Unterhaltungsfordernngen ehelicher oder unehelicher Kinder die Folge gehabt hat, daß der von der Pfändung betroffene Arbeiter entlassen und damit brotlos gemacht wurde. Dem Kinde wurde infolgedessen der Unterhaltsanspruch verweigert und öffentliche Unterstützung mußte eintreten. Daß der Unternehmer den Arbeiter entließ, weil er fürchtete, in Fällen eines Irrtums oder einer Differenz mit dem Berufsvormund Schwierigkeiten zu bekommen, vielleicht sogar zweimal zahlen zu müssen, ist nicht unbegründet, allein man möge bedenken, daß es sich hier um Fälle handelt, wo der pfändende Gläubiger durch den Berufsvormund, eine nach Gesetz und Recht handelnde Person, vertreten wird, die bei Mißverständnissen nicht den abstrakten Rechtsstandpunkt einnimmt, sondern nach Billigkeit entscheidet wird. Das Archiv deutscher Berufsvormünder richtet daher an die Herren Unternehmer das ergebene Ersuchen, im Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsvormund die Arbeiter tunlichst nicht zu entlassen, vielmehr nach Möglichkeit auf ein Einvernehmen zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Berufsvormund hinzuwirken, um auf diese Weise dem Kinde seinen Unterhalt nicht zu entziehen, den Arbeiter nicht brotlos zu machen und die Gemeinde bzw. den Staat vor überflüssigen, nicht zu unterschätzenden finanziellen Opfern zu bewahren.“

Die Maul- und Klauenseuche ist nun auch in Moissling, Niederbüllau und Krumbeck ausgebrochen. Sämtliche drei Gemeinden sind zum Sperrbezirk erklärt worden. — Auch im Lübecker Schlachtbause ist am Freitag bei einem Rind die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Sämtliches Klauenvieh des Schlachtbause ist abgeschlachtet. Nach ausgeführter Desinfektion des Schlachtbause ist die Seuche für erloschen erklärt worden.

Ein schlagfertiger Unteroffizier stand in der Person des Sergeanten Schr. von der 6. Kompanie Infanterie-Regiments Nr. 182 in Lübeck vor dem Kriegsgericht der 17. Division. Am 18. Juni traf Schr. den Rekruten W. mit einem Wasserkrug an, von dem er meinte, daß er von einer Stube gestohlen sei. W. erklärte auf Befragen, er habe den Krug gekauft; das Geld dazu sei unter den Mannschaften gesammelt worden. Tatsächlich hatte der Soldat den Krug selbst bezahlt und die Sammlung sollte erst am Lohnungstage stattfinden. Als der Sergeant dies von den anderen Musikanten erfuhr, schimpfte er den W. einen Lügner, würgte ihn an der Kehle, verabreichte ihm drei tüchtige Ohrfeigen, stieß ihn zu Boden und bearbeitete ihn dort mit den Knien. Dann warf er ihn zur Tür hinaus. Am nächsten Tage ließ der Sergeant wieder mit W. zusammen. Er schleuderte ihn gegen einen Ofen, sodaß der Mann mehrere Tage dienstunfähig war. Nachträglich suchte Schr. den Musikanten von einer Meldung abzuhalten, indem er ihm 20 Pfennige anbot, mit der Bemerkung, er solle nichts aus der Sache machen und bedenken, daß sie immerhin noch zwei Jahre zusammen dienen müßten. Hierin erblickte die Anklage das Unternehmen, einen Untergebenen unter Bedrohung von einer Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht beschuldigen die Unterlagen der Anklage in vollem Umfang. Ihr Vertreter unterzog das Verhalten des Angeklagten einer strengen Kritik, sah die Vorfälle aber als minderer Schwere an und beantragte eine Gesamtstrafe von vier Wochen Mittelarrest. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und erkannte auf 50 Tage Gefängnis. Auf Degradation wurde nicht erkannt. Der Stellvertreter Gottes auf Erden kann also weiter „erzählen“.

Wegen vorzunehmender Straßensanarbeiten ist die Nebenhofstraße vom Montag, dem 17. Juli d. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von 10 Tagen für den Fußverkehr gesperrt.

Grundbuchamt. Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September sind die Richterzimmer des Grundbuchamtes mit Ausnahme von Dienstag und Freitag werktätig von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Die Gerichtssekretariate des Grundbuchamtes sind während derselben Zeit werktätig von 9 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Güterrechtsregister. Am 15. Juli 1911 ist bezüglich der Ehe des Kaufmanns F. O. Th. Bössow in Lübeck und A. E. Th. geborenen Brand verwitweten Gese eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Doppel-Badanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 15. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 21½, Luft 16; morgens 10 Uhr: Wasser 22, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 23, Luft 24; abends 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 19 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 1500 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 1200 weibliche Personen.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 16. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 20, Luft 14; morgens 10 Uhr: Wasser 20, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 20½, Luft 20 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 500 männliche, 400 weibliche Personen.

Wie soll man wandern? Wie viele unserer Stadtkinder sind noch immer der Meinung, wenn sie sich in den Sommermonaten, an einem besonders schönen Tage, einen Glimmstengel in den Mund schieben, das Stöckchen zur Hand nehmen und mit Gleichgesinnten schwäzchend und plappernd ein paar Stunden lang im Freien umherwandern, dann hätten sie genug „Natur gefneip“? Die meisten vollziehen diese notwendige Regenerationskur sogar in möglichst abgekürztem Verfahren, indem sie, kaum aus dem Stadttor heraus, auf dem möglichst nächsten Waldwege auf die nächste — Waldlichte zutreten. Natur-Genuss ist bei den meisten nur noch ein Fabelwort. „Ach, die Bäume sind alle so langweilig grün!“ Aber die Dame Natur ist gar eifersüchtig, sie gibt ihre Reize und Segnungen nur dem Liebhaber preis, der sie wirklich von ganzem Herzen, in rechter Liebe umfängt. Der Nervenarzt Dr. W. Bergmann hat jüngst ein Werkchen erscheinen lassen, „Selbstbefreiung aus nervösen Leiden“ (Freiburg-Verder), das man eine Gebrauchsanweisung für den Naturgenuss nennen möchte. „Das weiche Gras mit seinen Halmen und Rispen, welches lichtgrün dem Boden entquillt; das fastige Moos und die kleinen, unscheinbaren Blümlein mit ihrer Welt von Insekten und Käfern; die Stimmung der Morgen- und Abendlandschaft; das wechselnde Licht des Himmels; das Heulen des Sturmes, das Grollen des Donners und die Märchen des Windes, die Stille des Waldes, die Anmut der Felde, das Wogen des Kornfeldes, der erwachende Frühling, der lichtreiche Sommer, der fruchtbeladene Herbst und der frische Winter mit seinen Eisblumen, seinem Schnee — und

Rauhrostlandschaften — alles, alles sind Kunstwerke, großartig und erhaben, wohl geeignet, uns in stauender Bewunderung getragen zu halten.“ So lehrt uns Bergmann. Unendlich viele werden dem entgegen: „Ich habe gar keine Lust, Schnappen muß ich mich aufreiben geben.“ Diesen möchten wir einen Kunstgriff verraten, für den z. B. die Naturheilkunde in fast allen ihren Schriften plädiert und für den besonders der bekannte Dr. Schreiber seinerzeit so warm eingetreten ist — es ist das systematische Tiefatmen. Wer täglich nur eine Stunde oder Sonntags zwei bis vier Stunden, in möglichst freier Luft, in leichten Kleidern systematisches Tiefatmen treibt (langsam durch die Nase ein- und durch den Mund ausatmet), der wird von diesen paar Stunden Spaziergang viel mehr Nutzen, Erneuerung, Lebenserfrischung, Erneuerung der Lebensfreudigkeit mit nach Hause bringen, als wenn er sonst tagelang auf sogenannten „Ausflügen“ mit lärmenden, möglichst reichlich Alkohol konsumierenden Begleitern sich in der schönsten Wald- und Berggegend umhertreibt.

pb. Diebstahl oder Unflug? In der Nacht vom 15./16. ds. Mts. ist aus dem Vorgarten eines Hauses am Moltkeplatz eine Hortensia mit 5 bis 6 etwa faustgroßen Blüten von lila Farbe abhanden gekommen, und entweder gestohlen oder von unfugtreibenden Personen verschleppt worden. Die Pflanze befand sich in einem grün gestrichenen Holzfaß mit zwei eisernen Reifen und zwei eisernen Handgriffen.

pb. Gestohlene Sachen. Von der Verleumdung der vor einigen Tagen bei der Itzstedter Brücke geborgenen Leiche wurde nur ein Hemd gefunden. Es fehlen folgende Gegenstände: 1 Winterpaletot mit Sammetkragen, 1 grauer Jacketanzug, ein weiß-leinenes Hemd, 1 Hut, 1 rotbrauner Stock mit gebogener silberner Krücke und dem Monogramm „E. W.“ und dem Datum 8. 12. 1910, 1 goldene Schloßnadel mit einer Perle, 1 Trauring gez. E. W. Es wird vermutet, daß diese Sachen teils gestohlen und teils von dem Verstorbenen irgendwo verkauft sind, wie z. B. der Winterpaletot, der Handstock und die Goldsachen.

pb. Festgenommen wurde auf dem Volksfestplatz ein Arbeiter aus Neuteich, der einem anderen Arbeiter ein Jacket, ein Paar langschäftige Stiefel und eine Dose gestohlen hat.

pb. Diebstahl. Aus dem Hintergarten eines an der Kaiser-Wilhelm-Strasse gelegenen Hauses wurden folgende Gegenstände, die in einer Laube untergebracht waren, gestohlen, und zwar in der Nacht vom 15. zum 16. ds. Mts.: 1 Fahrrad, Marke „Dietrop“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, kleiner Überlegung und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3254, 4 Garten-Rohrstühle mit blauer Borde, zwei der Stühle sind mit Seitenlehnen versehen, 1 Reisekoffer, deren eine Seite schwarz gefärbt und die andere Seite die Farbe eines Tigerfelles hat, 2 Tischdecken. Die eine Decke ist grau geblümt, und mit Spitzen versehen, während die zweite rot und blau kariert ist, ein Rissen, etwa 80 Quadratzentimeter groß von grüner Farbe mit Weichenmuster. Das zweite Rissen ist etwa 1 Meter lang und 40 Zentimeter breit und rot und blau gemustert, 2 Klappstühle, sogen. Faulenzner. Der Rahmen ist aus gelacktem Holz hergestellt. In den Rückenlehnen befanden sich graue Läufer mit roten Streifen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Nachdem viele sorgfältige Proben stattgefunden, geht am Dienstag bestimmt die Zellerische Operette: „Der Obersteiger“ mit dem Gast Herrn Fritz Redwitz in der Titelpartie in Szene. Für Mittwoch ist eine Wiederholung der großen Doppel-Vorstellung: „Im weißen Rössl“ und die Fortsetzung: „Als ich wieder kam“ vorgesehen. Der Anfang ist ausnahmsweise 7½ Uhr. In Vorbereitung ist eine Lustspiel-Neuheit des bekannten Berliner Schriftstellers Richard Kessler, dessen „Mandoverregen“ vor einigen Jahren hier auch die Uraufführung erlebte. In der Operette wird „Don Cesar“ vorbereitet.

Secret. Mit den bevorstehenden Wahlen zum oldenburgischen Landtag beschäftigte sich eine gutbesuchte Volksversammlung, die hier am Sonnabend tagte. In einleitenden Worten wies Genosse Stelling-Lübeck auf die Bedeutung der Landtagswahlen für das werktätige Volk hin, um dann das jetzige Wahlrecht einer eingehenden Erläuterung zu unterziehen. Seine Ausführungen klangen in dem Appell aus, heute schon in die Wahl-agitation einzutreten, damit wir am Wahltag diesen Landtagswahlkreis erobern. Sodann nahmen die Genossen G. Fick-Stoelcksdorf und J. Bull-Kadensbusch, die als Kandidaten zur Landtagswahl nominiert sind, das Wort. Ersterer beschäftigte sich in eingehender Weise mit dem Schulgesetz und seiner Beratung im Landtag, während letzterer sich das Steuergebiet ausermählt hatte. Sämtliche Darlegungen fanden lebhaften Anklang. Nach einem kernigen Schlusswort des Referenten fand die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Ahrenböf. 8-Uhr-Ladenschluß. Nachdem sich mehr als zwei Drittel aller hiesigen Ladenbesitzer für den 8-Uhr-Ladenschluß ausgesprochen haben, ist dieser jetzt für unsern Flecken von der Regierung eingeführt worden.

Hamburg. Ein Schreckensurteil der Marinejustiz. Aus Cuxhaven wird dem „Hamb. Echo“ berichtet: Das Oberkriegsgericht der Marinestation der Nordsee hat am 13. Juli dieses Jahres in Cuxhaven über sechs junge Menschen den Stab gebrochen, indem es härteste Strafen über sechs Matrosen-Artilleristen aus der hiesigen Garnison verhängte. Es wurden verurteilt: 1. Wegen militärischen Aufruhrs der Matrosenartillerist M. zu sechs Jahren ein Monat Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren und Entfernung aus der Marine; die Matrosenartilleristen S., S. und L. zu je fünf Jahren Gefängnis und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. 2. Wegen militärischen Aufruhrs und tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten: Matrosenartillerist R. zu sechs Jahren Gefängnis, Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Entfernung aus der Marine, Matrosenartillerist L. zu sechs Jahren Gefängnis und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Dieser Verurteilung liegt folgender Vorgang zugrunde. In der Rordersteinstrasse in Cuxhaven stand eines Abends ein Maat plaudernd mit einem jungen Mädchen, als mehrere Matrosen-Artilleristen vorübergingen. Einer der Matrosen blieb neben dem Maaten stehen und suchte eine Unterhaltung mit dem Mädchen anzuknüpfen. Als der Maat den Artilleristen zum Weitergehen aufforderte, widersetzte sich dieser mit der Motivierung, daß er auch das Mädchen gut kenne. Nun wollte der Maat dem widerspenstigen Artilleristen die Mütze vom Kopfe nehmen, um den Namen festzustellen. In diesem Augenblicke verfehlte aber der Artillerist dem Maat eine Ohrfeige und damit fielen auch die andern Angeklagten über den Geohrfeigaten her. Dieser lief nun in ein nahe Restaurant, wohin ihn aber die Matrosen verfolgten. Vor einigen Wochen stand diese Angelegenheit bereits vor dem Kriegsgericht an, wobei der Hauptangeklagte acht Jahre Zuchthaus erhielt, während sich die Strafen der andern Angeklagten auf derselben Höhe bewegten, wie sie jetzt ausgefallen sind. 33 Jahre und 1 Monat Freiheitsstrafe fällt also das Ober-

kriegsgericht über die bedauernswerten jungen Leute, die wahrscheinlich im Alkoholrausch sich zu dem törichten Streich den Kopf schüteln wird! Wie gelinde werden dergleichen Vorgefalle bestraft, die sich an Untergebenen in unheimlicher Weise verhalten. O welche Lust Soldat zu sein!

Hamburg. Versuchter Raub m. o. b. Am Sonnabend abend war die Drehbahn der Schaulage einer blutigen Tat. Dort schlug der 87 Jahre alte Wäscher Adolf Gellermann die Witwe F. C. Dreger in ihrer Gastwirtschaft, an der Drehbahn 3, durch drei Hammerschläge nieder, um dann einen Raub auszuführen. Dadurch, daß die Frau D. noch imstande war, Hilferufe auszustößen, wurden einige Passanten aufmerksam und ergriffen den fliehenden Gellermann, den man dann zur Wache Ecke der Drehbahn und der Dammstrasse brachte. Dort gelang es dem Täter, durch ein offenes Fenster ins Freie zu springen. Die Flucht wurde aber sofort bemerkt, die Verfolgung des G. aufgenommen und der Flüchtling gleich wieder eingefangen. An der Wache zurückgebracht, wurde G. in die Arrestzelle gebracht, wo er bald darauf einen Selbstmordversuch machte, indem er sich erhängte. Die Tat wurde aber entdeckt, man schnitt G. ab und ließ ihn, da er völlig zusammengebrochen war, ins Hafentrankenhaus transportieren. Die vorläufige Untersuchung hat ergeben, daß G. die Tat mit voller Überlegung ausgeführt hat. Er hat sich zur Ausführung der Tat einen Zeitpunkt gewählt, in dem er die Witwe allein in der Gaststube wußte. Er bestellte sich eine Tasse Kaffee, um die Frau zu veranlassen, in die hinter der Gaststube gelegene Küche zu gehen. Während die D. dann durch den zwischen der Küche und der Gaststube befindlichen Gang schritt, überfiel G. die mehrlose Frau, indem er sie mit einem Hammer dreimal auf den Kopf schlug. Die Verletzungen, die die überfallene davongetragen hat, sind schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Altona. Reichstagskandidatur. Im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis ist durch den freikonservativen Landrat von Kardorf durch den Patriotischen Verein und den Bund der Landwirte als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Die Antifemalen wollen die Kandidatur unterstützen. Von den Nationalliberalen ist Senator Marlow aufgestellt, der sich durch seinen Austritt aus dem Hansabunde auch für den Hochschußall erklärt hat.

Altrahstedt. Von einem 13-jährigen Knaben, namens Hoffmann, ist das 15-jährige Mädchen Sirch auf der Straße durch einen Messerstich in den Hals, der die Schlagader getroffen hatte, tödlich verletzt worden. Das Mädchen erlag der schweren Verwundung nach kurzer Zeit. Wie die Tat sich abgespielt hat, ist noch nicht festgestellt.

Kiel. Wieviel kosteten der Stadt Kiel die Arbeitswilligen? Die Stadtverwaltung Kiel ist seit 1909 in den deutschen Landen in negativem Sinne berühmt geworden. Sie war es, die die reißende Unterdrückung ihrer kommunalen Arbeiter in ein System brachte. Es war wohl auch die erste größere Kommune, welche es über sich brachte, aus allgemeinen Mitteln eine Riesenrechnung für herangeholte Arbeitswillige zu zahlen, und erst danach ihre Gemeindevertretung zu fragen. Die bürgerliche Stadtvertretung Kiel hat seinerzeit unbesehen die Streikkosten des Rates in der Höhe von über 80000 Mark bezahlt. Auf die Forderung der kleinen sozialdemokratischen Fraktion, die darauf hinausging, die Leitung der Stadt zu zwingen, genaue Rechnungsablegung zu geben, achtete man damals nicht. Unsere Genossen haben sich natürlich nicht zufrieden gegeben. Eifrig haben sie selbst die Gesamtausgaben des Kieler Bürgermeisters für den Streik von 1909 untersucht. Als nun vor einigen Tagen wieder einmal Lohnerböhrungen der Gemeindebeamten und Arbeiter auf der Tagesordnung standen, und die letzteren zugunsten der ersteren recht außerordentlich schlecht bekommen sollten, wurde von unseren Parteigenossen die Gelegenheit benutzt, und die spezialisierte Abrechnung über die Ausgaben des Streiks von 1909 vorgelegt. Natürlich sehr gegen den Wunsch der bürgerlichen Mehrheit, die die ganze Sache am liebsten längst vergessen wissen möchte. Was da unser Genosse Brecoor an Einzelposten mitteilte, die sämtlich zugunsten mehr als zweifelhafter Arbeitswilliger ausgegeben wurden, muß als beinahe unglaublich erscheinen. Auf Kosten der Stadt wurden für die Arbeitswilligen beschafft: zirka 70000 Stück Zigaretten und über 28000 Flaschen Bier! Verwunderlich muß dabei erscheinen, daß die Stadtverwaltung Kiel für jede Flasche Bier 10 Pfennig gezahlt hat. Ein schönes Extragehäst für den Bierlieferanten! Die Arbeitswilligenvermittlung kostete die Stadt 12598 Mark! Zigaretten, Zigarren, Ansichtskarten (!), Kautabak usw. lieferte allein eine Firma für 3320 Mark, eine andere verdiente an gelieferten Fleisch- und Wurstwaren rund 18580 Mark, eine dritte stekte für gelieferte Kolonialwaren, Peringe, Wurst, Brot usw. 29242 Mark em. Die Kieler Wachs- und Schließgesellschaft profitierte über 6000 Mark, sie ließ sich für jede Wächtersticht 6 Mark zahlen. Die Wächter bekommen vielleicht 3 Mark, wenn es gut geht! Zu all diesen Ausgaben kommen aber noch solche für Reinigung der Betten, sie waren durch die Arbeitswilligen völlig verfault, dann Entschädigungen an die Marineverwaltung für abhanden gekommene Geräte und Abnutzung von Decken, ja sogar für Revolver, Patronen und Gummiknüppel findet sich ein Abrechnungsposien! Die bürgerliche Mehrheit Kiels stimmte, durch diese Abrechnung nicht wenig aus ihrer Ruhe gebracht, für eine Gehaltserböhrung der besoldeten Stadträte und zwar um 1100 Mark pro Jahr. Die Arbeiter bekamen 2 Pfennig pro Stunde mehr! Es geht doch nichts über eine richtige bürgerliche Kommunalmajorität!

Flensburg. Ein Großfeuer hat zum drittenmal in voriger Woche die Schamotte- und Ziegelfabrik heimgesucht. Galizische Arbeiter sind der Brandstiftung verdächtig.

Lauenburg. Beim Baden in der Elbe erkrankte der 20-jährige Sohn des hier mit seinem Kahn liegenden Schiffers Rolle aus Schottwitz.

Waren. In einer Pfütze ertrunken. Das dreiviertel Jahre alte Söhnchen des Arbeiters Oldag im benachbarten Manmooß war allein im Wagen auf dem Hofe, während die Mutter ihren häuslichen Arbeiten nachging. Wahrscheinlich hatte nun das Kind mit dem Wagen geschaukelt; die Mutter fand es als Leiche mit dem Gesicht in einer Jauchenpfütze neben dem umgekippten Wagen vor.

Waren. Beim Baden ertrunken. In Teschen-dorf erkrankte der 14-jährige Sohn des Arbeiters Wendt beim Baden im Dorfteiche.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: F. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Ortskrankenkassen in Dresden.

In der Stadt der großen Hygiene-Ausstellung, in deren hochinteressantem Gesamtbilde auch die deutsche Arbeiterversicherung einen hervorragenden Platz angewiesen erhalten hat, tagte in der ersten Hälfte voriger Woche auch die 18. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich. Die „große Reform“ der Versicherungs-gesetzgebung, die von den schwarz-blauen Parlaments-mächten in den Hasen der Gesetzgebung bugliert worden ist, schrieb auch dieser Tagung, wie denjenigen der letzten Jahre, ihr Arbeitsgebiet vor. Nicht aber die Kampfstimmung jener Jahre besetzte die außerordentlich zahlreich besuchte diesjährige Versammlung, sondern es war die wichtige Aufgabe der häuslichen Einrichtung in dem neu errichteten Gebäude der Sozialversicherung, das von den Krankenkassen als den Trägern des bedeutendsten Zweiges der Versicherungsgesetzgebung demnächst bezogen werden soll, die in der Hauptsache den versammelten Kassenvertretern erwuchs. „Nicht zu kritisieren, sondern zu informieren“ war selbst den Referenten mit auf den Weg gegeben worden, und die überaus gehaltenen und durchaus sachlichen Darlegungen der Redner zeigten, daß die zu der befehlenden Einführung der Versammelten in die hundertfachen und teils verwickelten Einzelbestimmungen des neuen Gesetzes Beauftragten sich der Situation gewachsen zeigten. Wie schwer das Angesichts des ungeheuerlichen Mangels wahren sozialpolitischen Fortschritts in der Reichsversicherungsordnung und der frivolen Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassenorgane den Rednern werden mußte, dafür lieferte das Referat des temperamentvoll veranlagten Kassenvorsitzenden Graf aus Frankfurt a. M. den Beweis, der bei Besprechung der gleichartigen Bestimmungen über die „innere Verfassung“ der Kassen sich, wie man zu sagen pflegt, „in die Wolle redete“. Wenn man sieht, wie schon jetzt eine gewisse arbeiterteindliche Presse die scharfmacherisch gesonnenen Unternehmer auffordert, die bisherigen Arbeitgebervertreter aus den Kassen zu verdrängen, soweit sie ein Stückchen sozialpolitischen ernsten Willens erkennen lassen, und wenn man ermägt, wie durch Festlegung eines Stimmrechts zur Generalversammlung nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung den Scharfmachern zu einer solchen Politik der gewaltsamen Unterdrückung aller über die krasse Selbsttucht hinausgehenden edleren Regungen geradezu die Brücke geschlagen wird, so kann man es begreifen, wie der Gedanke an den tatsächlichen „Sieg“ solcher Gewaltspolitiker jemand in Harnisch zu bringen vermag. Der Rechtsanwalt Justizrat Dr. Mager-Frankenthal, der in musterwürdiger Sachlichkeit die neue Behördenorganisation, die Ausschreibungsbestimmungen und Strafvorschriften, mit denen die Kassen in Zukunft zu rechnen haben werden, Revue passieren ließ, mochte recht haben, von einer Niederlage zu reden, die den Freunden einer wahren Sozialreform geworden war. Aber von einer notwendigen Anpassung an die Verhältnisse aus Volksgesundheitsinteressen bis zu einer „friedlich-schiedlichen“ Regelung der Dinge, wie er sie zu wünschen schien, ist doch ein weiter Schritt. Die Anpassung muß sein. Niemals aber werden sich die Versicherten und werden sich deren Vertreter „schieblich-schiedlich“ mit dieser Scheinreform der Versicherungsgesetzgebung abfinden. Kampf gegen die reaktionären Mächte, die die gegebene Versicherung ver-

schlechterten, das Selbstverwaltungsrecht beschnitten und einer weitherzigen Sozialreform den Weg versperrten, Kampf bis zur Schaffung einer wahrhaft volkstümlichen Sozialversicherung, das wird auch die Lösung der Zukunft für alle sein müssen, die berufen und bereit sind, ehrlich in der Arbeiterversicherung mitzuwirken. Dazu den Organen der Krankenkassen, den Krankenkassen, den festen Boden wieder zu verschaffen, der durch die Schacherpolitik der reaktionären Parteien in den sozialen Fragen für sie unsicher geworden war, haben auch die Verhandlungen der Dresdener Ortskrankenkassentagung zu ihrem Teile mitgeholfen.

Aber nicht nur hinsichtlich der Verfassung und Verwaltung der Kassen selbst galt es die geeignetste Anpassung an die Neugestaltung der Dinge zu erforschen, auch das Verhältnis zu den Angestellten erhob sich unter dem Einfluß der Reichsversicherungsordnung eine neue Ordnung. Die fünfjährige Periode der zwischen Angestellten- und Ortskrankenkassen-Verband abgeschlossenen Tarifgemeinschaft naht sich ihrem Ende. Mancherlei Schwierigkeiten und Differenzen haben sich ihrer exakten Durchführung in den Weg gestellt, und es gewann bei dem Beginn der Dresdener Kassentagung fast den Anschein, als ob — allerdings bei Sicherung einer materiellen Aufbesserung der Angestellten — die Tarifgemeinschaft vorläufig nach dieser kurzen Lebensdauer zu Grabe getragen werden sollte. Es zeugt davon, wie sehr der Tarifgemeinschaftsgedanke in den Kreisen von Arbeitern nicht nur, sondern auch Arbeitgebervertretern festen Fuß gefaßt hat, daß trotzdem eine glatte Erledigung der Frage vorstatten gehen konnte. Die von der Jahresversammlung der Ortskrankenkassen in dieser Sache niedergelegte Kommission hat das Verdienst erworben, für eine Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft im beiderseitigen Interesse die richtigen Wege zu weisen. Der Schlüssel zu dieser Lösung war die Seitabstellung zweier Forderungen der Angestellten, die geeignet schienen, die Kassen mit Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Konflikt zu bringen. Die Vertreter der Krankenkassenangehörten auf dem Verbandstage erklärten sich einverstanden, daß 1. die Zuteilung der Angestellten zu den einzelnen Beschäftigungsabteilungen der Kassen nicht Sache der neu zu schaffenden Dienstordnung werden, sondern eigene Sache der Kassenverwaltung bleiben, und 2. in der Dienstordnung die Festlegung einer Entlassung „aus wichtigen Gründen“ nicht ausgeschlossen sein solle. Damit waren die Hindernisse eines Neuabschlusses der Tarifgemeinschaft beseitigt. Sache der Organisation der Bureauangehörten wird es sein, zu entscheiden, ob sie durch Sanktionierung der Auffassung ihrer Vertreter die tatsächliche Verlängerung der Tarifgemeinschaft in der schwierigen Übergangszeit der Anpassung der Kassen an die Reichsversicherungsordnung herbeiführen will.

Noch eine dritte, durch die Reichsversicherungsordnung bedingte Tat der Neuorganisation hatte der Ortskrankenkassen-Verbandstag zu vollziehen. Die Änderung des jetzigen „Zentralverbandes von Ortskrankenkassen“ zu einer Kassenvereinigung, die dem Sinne § 414 der R.-V.-O. entsprach. Der der Versammlung vorgelegte neue Satzungsentwurf, der eine eingehende Kollektivarbeit der Beteiligten darstellte, fand mit unwesentlichen Änderungen die Zustimmung. Der Verband wird damit zu einem „eingetragenen Verein“, als dessen Sitz Dresden bestimmt ward, und dessen Vorstand aus 4 Arbeitgeber- und 8 Arbeitnehmervertretern, die in den

verschiedensten Gebieten Deutschlands ihren Wohnsitz haben, besteht. Das Interesse der einer vernünftigen Sozialpolitik wohlgesinnten Arbeitgeber ist damit nicht nur an die Krankenversicherungsorgane von Gesetzes wegen, sondern auch an diese Kassenvereinigung gebunden und in der Einstimmigkeit der Beschlußfassung über die Satzungen kam zum Ausdruck, daß die bisherigen Arbeitgeberbeisitzer an den Ortskrankenkassen nicht gewillt sind, dem Ansturm reaktionärer Mächte zuliebe ihre soziale Mitarbeit in den Kassenorganen aufzugeben.

So wird denn das kommende Jahr die Krankenkassen gerüstet finden, die Reichsversicherungsordnung mit vollen Segeln einzuschiffen. Ob es ihnen dann gelingen wird, den alten bewährten Kurs legenreicher Arbeit im Interesse der Volksgesundheit weiter zu steuern, oder ob schwere Hindernisse einer glatten Fahrt ihre sozialpolitischen Absichten zum Scheitern bringen werden, muß die Zukunft lehren. Die Kritik, die das Volk bei den Reichstagswahlen gegenüber den Schöpfern der Reichsversicherungsordnung in hoffentlich nicht zu schwachem Maße üben wird, dürfte dazu mithelfen, über die Sphynx und Charibdis der Zeit der Schmähen der Kasse hinaus die Wogen zu einer sozialpolitischen Wiedergeburt zu glätten und den Krankenkassen die Möglichkeit zu schaffen, auch unter dem neuen Geleze zu legenreich wirkenden, großzügig geleiteten Institutionen sich auszugestalten.

Aus der Partei.

Zur Organisation der Bildungsarbeit. Am vergangenen Sonntag fand in Köln eine Konferenz der Bildungs-Ausschüsse der oberen Rheinprovinz statt, die von 27 Delegierten besucht war. Als Vertreter des Zentralbildungsausschusses war Genosse Heinrich Schulz anwesend. Genosse Hofrichter-Köln, der die Konferenz einberufen hatte, wies darauf hin, daß die Schaffung einer Bildungszentrale für den Bezirk des Agitationskomitees für die obere Rheinprovinz notwendig geworden sei, nachdem sich die frühere Zentralkommission für Rheinland-Westfalen als ungeeignet erwiesen habe. Nach einem Referat des Genossen Meerfeld-Köln über die Organisation des Bildungswesens und nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, einen Bezirksbildungsausschuß für die obere Rheinprovinz einzusetzen. Für die Tätigkeit dieses einen Instituts wurden folgende Satzungen vereinbart: Der Bezirksbildungsausschuß hat seinen Sitz in Köln. Er besteht aus sieben Mitgliedern, von denen drei vom Sozialdemokratischen Verein und drei vom Gewerkschaftskomitee gewählt werden; das siebente Mitglied wird vom Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz bestimmt. Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Obmann, einen Kassierer und einen Schriftführer. Er hat das Recht, Sachverständige hinzuzuziehen. Der Bezirksausschuß hat in ständiger Zusammenarbeit mit den Orts- und Wahlkreisbildungsausschüssen die gemeinsamen Bildungsaufgaben für den Agitationsbezirk zu übernehmen, besonders die Vermittlung von wissenschaftlichen Rednern und künstlerischen Kräften, die Veranstaltung von Wanderausstellungen und die Beaufichtigung des Bibliothekswesens. Die Geldmittel für die Veranstaltungen haben die Orts- und Wahlkreisbildungsausschüsse selbst aufzubringen. Die Geldmittel für den Bezirksbildungsausschuß werden in der Weise aufgebracht, daß die örtlichen Bildungsausschüsse für jedes Mitglied der ihnen angeschlossenen Organisationen jährlich 1 Pfg. abführen, denselben Kopfbetrag leistet das Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Juli und endet am 30. Juni. Gegen Schluß des Geschäftsjahres hat eine Konferenz der Bildungsausschüsse des ganzen Bezirks

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(107. Fortsetzung.)

„Du“, sagte der Rittmeister, „wenn's Dir sonst recht ist, Hedwig, gehen wir vollends mit bis auf den Kirchhof. Der arme Teufel hat keine Seele gehabt, die ihm die letzte Ehre erwies. Wollen wir's tun?“

„Gern, lieber Vater“, antwortete Hedwig.

„Wen begraben wir denn hier?“ fragte der Rittmeister die Träger.

Den Puppenkomödianten, Herr Oberwachtmeister, das verlassene Schwein, Gott habe ihn selig.“

Hedwig zuckte unwillkürlich mit der Hand, die des Vaters Arm stützte, dieser erwiderte den Druck, ohne eine Silbe zu reden.

Sie gelangten durch die verfallene Umzäunung bis an das offene Grab, wo der Totengräber, seine Schnapsflasche zur Hand, den Trägern entgegenrief: „Wie lange schleppt Ihr denn an dem alten Bierfasse?“

Die Träger setzten ihre Last weg und baten den Totengräber um einen Schluck aus seiner Flasche.

Dann warfen sie den Sarg in die Erde und machten sich auf den Rückweg.

Während der Totengräber die Öffnung wieder zuschloß, wobei der Rittmeister ihn anständig, seiner eigenen Gebrechlichkeit gedenkend, beobachtete, war Hedwigs Aufmerksamkeit auf ein Kreuz des benachbarten Grabes gerichtet. Auf diesem stand in schwarzen Lettern zu lesen:

„Antoinette.“

„Wer liegt hier daneben, Totengräber?“ fragte sie.

„Des Komödianten setz Weib!“

„Die franke Frau!“ flüsterte Hedwig.

Und der Rittmeister sprach: „Wir wollen nach Hause gehen.“

Zu Hause saßen sie lange stumm und betrübt.

„Hedwig“, hob der Alte an, ich habe seinen Namen nicht genannt, seitdem ich mit dem Schwerte zwischen Euch getreten bin, wie der Strafengel, der die ersten Menschen aus ihrem Paradiese vertrieb. Ich habe Dich aus dem Dämonen vertrieben. Und Du klagst nicht! Du schweigst und schluckst Gram und Tränen hinab. Mir wäre besser, ich läge beim Puppenpieler und der Antoinette, als daß ich den sprachlosen Jammer mit ansehen muß. Sprich nur, meine nur, mache mir nur Vorwürfe, ich bitte Dich um Gottes

willen! Tadle meine Grausamkeit, meinen Hochmut, meine Härte mit harten Worten, damit ich Worte finde, mich gegen Deine Anklagen zu verteidigen! Wenn Du so schweigend duldest, werde ich an mir selbst irre und komme mir vor wie ein Bösewicht. Habe ich denn wirklich so unrecht getan?“

„Du hast recht getan, Vater, und alles Unrecht ist auf meiner Seite. Deshalb schweige ich. Wie sollte ich mich auch verteidigen? Habe ich nicht, von meiner Jugend und Unerfahrenheit irre geführt, einem jungen Manne Gehör gegeben, der es unmöglich gut meinen konnte? Der mein kindliches Vertrauen mißbrauchen wollte für seine herzlosen Zwecke? Ja, ich liebte ihn. Liebte ihn schon damals, da er unseren alten Tanzlehrer begleitete; liebte ihn, wie vielleicht nur ein Kind — denn was bin ich anderes gewesen — lieben kann: so rein, so innig, so wahr! In der Erinnerung an ihn lebte ich, von ihm getrennt. In meiner heiligen Liebe lebte ich, als du ihn ins Haus brachtest. Ich beachte nicht, daß er ein heimatloser Abenteurer sei! Ich sah in ihm nur den bescheidenen, wohlgezogenen, anmutigen Freund. Von den Gefahren, die mir drohten, habe ich keine Ahnung gehabt. Und wollte in den letzten Tagen meines Zusammenlebens mit ihm eine solche Ahnung aufkommen, so wurde sie immer wieder zurückgedrängt durch die unbeschreiblichen Gefühle, die seine Gegenwart in mir erregten. Warum sollte ich Dir verschweigen, — Dein Zorn gegen uns machte mich sehr unglücklich, und wärest Du damals nicht auf den Tod krank gewesen, hättest Du nicht Deiner Tochter Pflege bedurft; hätte ich Dich verlassen dürfen, ohne Dich zu morden, — wer weiß, was ich in jenem schauderhaften Momente getan, wo Du mir die Wahl ließe. Ja, damals klagte ich Dich an! — Ach, die Zeit hat mich belehrt, daß Du keine Klage verdienst, nur Dank! Denn, sprich selbst, würde der Mensch, den ich liebte, von dem ich mich geliebt wähnte, so lange geschwiegen haben, wenn sein Herz des meinigen sich würdig hielt? Würde er, dessen Namen ich nicht mehr aussprechen will, der vor einer Drohung entfloß, wie ein Feiger, ebenso feig gewesen sein, wenn sein redlicher Wille, seine gute Absicht, seine treue Gesinnung für mich ihm Waffen, gute, gerechte Waffen ihm dargeboten hätten? Sein Verstummen klagt ihn an und rechtfertigt Dich! Mag Dein Herz bluten, mag meine Seele sich grämen, — für Dich habe ich nur Verehrung, Liebe, Gehorsam; für Dich, mein Vater, habe ich nur kindliche Zingebung. Diese Dir zu beweisen, gönne mir, Begehre nicht ferner, daß wir zwei uns trennen sollen, daß ich einen Platz sei es der glänzende, in einem großen Hause aufsuche! Laß mich bei Dir! Nur bei Dir ist Trost für verratene Liebe; nur an des Vaters Brust wohnt Frieden für meine Brust!

nur indem ich Dich hüte, mich in Dir vergesse, kann ich vergessen lernen, wie sehr ich ihn liebte, wie ich ihn immer noch liebe.“

Der Rittmeister küßte den grünen Schirm, der seine Kranken, einst von einer Granate geblendet Augen verdeckte, um sich die Tränen besser trocken zu können.

„Weine nicht!“ rief Hedwig, „es ist Dir schädlich, Deine armen Augen sind immer entzündet.“

„Weine nicht!“ entgegnete der Vater; „weine nicht! Wie oft müßte ich Dir das zurufen! Du weinst so viel. Weinst Du, ich höre das nicht? Laß mir auch die Freude; solche Tränen sind Freudentränen; sie gelten der besten Tochter, die ich unwürdiger gar nicht verdiene; und wenn sie den Augen weh tun, so hole der Teufel die Augen; dem Herzen tun sie wohl. Oder glaubst Du, ich hätte kein Herz?“

„Doch, Vater, ein Vollhorn! — Ein Reitwagen! Hier Pferde vor. Sie halten bei der Post!“

„Es wird der Divisionsgeneral sein; er geht zur Truppenübung. — Na, da mußt Du mir wohl die gute Uniform herausuchen; da heißt's morgen früh seine Aufwartung machen. Ja, der Herr General! War fährlich, da ich schon Leutnant war! Jetzt ist er General, und ich bin ein armer, alter Krüppel. Aber weißt Du was, Hedwig? Seine Tochter ist eine kalte, hochnasige Dame! Ich tausche nicht mit Ihnen, lieber General. Behalten Sie Ihre Würde und laßt mir meine Hedwig! Daß Du's nur weißt: in sein Haus, zu seinen Enkelchen solltest Du kommen, als Gouvernante. Er ist ein braver Kamerad, hatte mir's versprochen, wollte mir den Vorzug gönnen. Jetzt nichts da; jetzt bleiben wir beisammen, und morgen sage ich es ihm.“

„Dann will ich Dir die Uniform herzlich gern herausuchen, lieber Vater, will sie ausklopfen und bücheln, als ob der König hier wäre; denn sobald ich bei Dir bleiben darf, ist mein liebster, mein einziger Wunsch erfüllt; ja, mein einziger; ich habe jetzt keinen anderen mehr.“

Der Rittmeister holte wieder einen von den tiefen Seufzern aus der Brust heraus, mit denen er seit einigen Monaten sehr freigebig war, und setzte hinzu: „Wollte Gott, du dürftest noch andere Wünsche hegen, wärmere, Deiner Jugend und Schönheit mehr angemessene! Wollte Gott, Du dürftest sie hegen, — und ich könnte sie erfüllen!“

Kaum hatte er diese Worte ausgesprochen, als man weibliches Geflüster und das Geräusch eines Männertrittes auf dem Flur vernahm. Bald nachher wurde angepöcht, Hedwig ging zu öffnen. Ein Stubenmädchen aus dem Gasthofe stand vor der Tür, und indem sie einen Wredienner mit

stutzfinden, die den Bericht des Bezirksbildungsausschusses über seine Tätigkeit und Rassenführung entgegennehmen und die gemeinsame Arbeit für das nächste Jahr berät. Die Kosten für ihre Vertreter tragen die Orts- oder Wahlkreisbildungsausschüsse. An der Konferenz können auch Vertreter von Orten, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen, mit beratender Stimme teilnehmen. Der Bezirksbildungsausschuss kann mit den benachbarten Bezirksbildungsausschüssen in gemeinsamen Angelegenheiten zusammenarbeiten."

Aus der Jugendbewegung.

Gegen unsere freie Jugendbewegung. Die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie weiß von Koblenz der sozialdemokratischen Jugendabteilungen gegen die nationale Jugendwehr aus Hannover zu berichten. Die Leitung der Jugendbewegung hat sich mit Beschwerden an die Organe der öffentlichen Ordnung gewandt, um gegen die raffinierten Quälereien und hinterlistigen, feigen Völsheiten der jungen Genossen" Abhilfe zu schaffen. Und die Reichsverbands-Korrespondenz" ließ sich von einem großen Werk in Hannover noch eine "kostlose Antwort" schreiben, die in ihrer nüchternen Wahrheit und Tatsächlichkeitshaltung erschütternd wirkt und zu energischen gegenseitigen Gegenmaßnahmen drängt. Die Beschlüsse würden — so berichtet die Zeitschrift — der Jugendwehr gern angehören, wenn sie vor den Angriffen ihrer Mitleidlinge und Mitarbeiter geschützt werden könnten. Die würden aber beschimpft und durchgeprügelt, und dieser Drangalierung schließlich müde, treten sie der Jugendabteilung des Metallarbeiter-Verbandes bei. Zum Schluss der Jeremiasade wird gesagt, daß die sozialdemokratische Gewalttätigkeit leider deshalb so stark ist, weil wir keine Regierung haben, die diesen Terrorismus mit entschlossener Hand anfaßt und bricht! Würde man dieser Schauergracht auf den Grund gehen, so würde sie sicher auf das Konto der anderen vielen Lügenbeutereien des Reichsverbandes zu buchen sein. Die Mitglieder der patriotischen Jugendwehren wären gerade die letzten, die sich dergleichen gefallen ließen. Ihr ganzer soldatischer Drill, ihre Ausrüstung mit dem Stechweissen und ihre verschiedenen Kaufhändel lassen sie nicht gerade als Musterknaben erscheinen. Wenn sie in ihrer Ausrüstung aufgeschlagen daherstolzieren, so ist es allerdings möglich, daß sie hier und da einigen Spottreden vernünftiger Leute ausgesetzt sind. Die Scharfmacherei gegen unsere Jugendbewegung resultiert letzten Endes doch nur daraus, daß die patriotischen Jugendwehren in letzter Zeit jedenfalls sehr wenig Zugang haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreiche Verhandlungen im Formertreik in Pomern. Die bereits mitgeteilte, hatte das Gewerbegericht in Uckeründe als Einigungsamt beide Parteien zu Verhandlungen aufgefordert. Die Arbeitnehmer hatten verlangt, daß Wolgast, wo ebenfalls gestreikt wird, in die Verhandlungen einbezogen werden soll und die Organisationsdirektoren als Vertrauensmänner zuzulassen sind. Dem ist stattgegeben worden. Am Donnerstag fand die Verhandlung statt, die sich von 10 Uhr morgens bis 1/2 7 Uhr abends hinzog, schließlich aber doch zu einer Einigung führte, die einen vollen Erfolg für die Arbeiter darstellt. Streitpunkte waren noch: 1. Die Aufhebung der 14tägigen Kündigungsfrist; 2. die wöchentliche Lohnzahlung am Freitag; 3. die Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordpreise. Die Einigung fand in folgender Weise statt: Die Kündigungsfrist wird versuchsweise bis zum 1. Januar 1912 aufgehoben. Wenn eine der Parteien in dieser Zeit schlechte Erfahrungen damit macht, so muß das am 1. Dezember der andern Partei mitgeteilt werden, um Verhandlungen darüber einzuleiten. Die Lohnberechnung findet alle 14 Tage statt; Lohnzahlung am Freitag. An den Freitagen in den Zwischenwochen wird ein Abschlag in voller Höhe des verdienten Wochenlohnes ohne besonderes Verlangen an jeden Arbeiter ausgezahlt. Die Lohnperiode dauert von Mittwoch früh bis Dienstagabend der folgenden Woche. Die Erhöhung der Akkordpreise wird durch betriebsweise Verhandlungen geregelt. Dabei wird als Grundlage angenommen, daß Erhöhung in nachstehenden Fällen eintreten soll: a. für Hand- und Rohformer in Torgelow, wenn diese nach den heutigen Preisen weniger als 5 Mk. pro Tag verdienen, für Maschinen- und Plattenformer, wenn sie weniger als 4,50 Mk. pro Tag verdienen; b) für Uckeründe und Wolgast werden diese Sätze auf 4,50 Mk. resp. 4 Mk. festgelegt, für Stahlformer in Wolgast auf 5 Mk. Die Stundenloohnerhöhung erfolgt dergestalt, daß alle Löhne, die unter 3 Mk. pro Tag betragen, um 8 Proz., alle Löhne von 3—4,50 Mk. um 5 Proz. erhöht werden. Außerdem sind die Abmachungen, die am

1. Juni in den Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation getroffen sind, dem Protokoll und der Bekanntmachung des Gewerbegerichts hinzugefügt. Das Wichtigste der Abmachungen ist, daß die Akkordarbeit in der Weise geregelt wird, daß bei neuen Akkordpreisen der Verdienst des Arbeiters während der letzten drei Lohnperioden zu Grunde gelegt und garantiert wird, und alte Akkordpreise nicht reduziert werden dürfen, wenn nicht Änderungen an der Arbeit oder Arbeitsmethode vorkommen; ferner, daß unverschuldeter Ausschluß den Formern in voller Höhe des Akkordverdienstes bezahlt wird. Sofern nun die betriebsweisen Verhandlungen, die bei einer Firma schon Freitag stattfinden, annehmbare Resultate zeitigen, kann dieser Lohnkampf zugunsten der Arbeiter als beendet betrachtet werden, da an der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen kaum zu zweifeln ist. Das hätten die Herren Unternehmer freilich auch ohne Streik haben können.

Differenzen im Baugewerbe in Kassel. Im Baugewerbe zu Kassel bestehen noch immer Differenzen; zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bisher nicht, obgleich die Arbeitgeber von den Arbeitern wiederholt zur Erfüllung der Pflichten aus dem Dresdener Schiedsspruch aufgefordert wurden. Die Arbeitgeber verlangen, daß die Arbeiter in eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen willigen, daß sie Sonnabends bis 5 Uhr ohne Vesperpause arbeiten sollen, während früher unter den gleichen Umständen um 1/2 5 Uhr Feierabend war. In einer am Donnerstag von etwa 1500 Maurern, Bauarbeitern und Zimmerern, auch von denen im örtlichen Verband organisierten, besuchten Versammlung gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der es heißt, daß das Verlangen der Arbeitgeber dem Dresdener Schiedsspruch zuwiderläuft, daß die Drohung der Unternehmer als Kampfanlage betrachtet und von allen Bauarbeitern ermartet wird, daß sie dem unberechtigten Verlangen der Unternehmer nicht entsprechen. Am Sonnabend schon wird sich zeigen, ob die Kasseler Unternehmer wegen einer Bagatelle erneut den Kampf im Baugewerbe entfachen wollen.

Zum Kampf in Oberlausitzer Braunkohlenrevier. Im Zittau-Reichenauer Braunkohlenrevier traten die Arbeiter an die Unternehmer heran, um zu sehen, ob sie auf anderer Grundlage zu Verhandlungen bereit seien. Die Forderungen der Bergarbeiter konzentrierten sich jetzt auf Erhöhung des Lohnes, Herabsetzung der Arbeitszeit und Wiedereinstellung sämtlicher streikenden Bergarbeiter. Von der Forderung des Tarifvertrages, der ursprünglich den Hauptanstoß der Unternehmer gebildet hatte, wurde abgesehen. Aber die Unternehmer lehnten teils sofort, teils später eine Einigung auch auf der neuen Grundlage ab, nachdem sie zuvor eine gemeinschaftliche Sitzung abgehalten hatten. Der Streik dauert nun bereits 14 Wochen. Arbeitswillige aus den Reihen der Bergarbeiter sind nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer erhielten ihren Zugang bis jetzt ausschließlich von auswärtigen. Agenten sind an der Arbeit, flandrische und polnische Arbeiter nach dem Streikrevier zu vermitteln, was ihnen auch teilweise gelungen ist.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Die Steinbruchbesitzer in Gommern lehnen mit den Streikenden eine Verständigung ab. In den Streik traten 665 Pflastersteinmacher und Brecher; davon sind aber weit über 500 bereits abgereist. Diese enorme Abwanderung in dem kleinen Städtchen Gommern wirkt natürlich sehr nachteilig auf die Geschäftsleute ein. In Großsteinberg (Sachsen) ist die Lohnbewegung für ca. 110 Pflastersteinarbeiter mit Erfolg beendet. Die Stundenlöhne sind um 3—5 Pfg. erhöht worden. Auch die Zementarbeiter konnten ansehnliche Lohnaufbesserungen durchdrücken. Die Steinmehnen und Schleifer in Kiel haben einen umfangreichen Akkordtarif zum Abschluß gebracht. In Breslau legten die Warmarbeiter bei der Firma Stein die Arbeit nieder. Die Granitfirma Keil u. Co. will gewaltige Abzüge am Tarif vornehmen. In Demitzher Granitgebiet (Lausitz), in welchem etwa 1500 Steinarbeiter beschäftigt sind, haben die Tarifverhandlungen begonnen. Der Tarif soll Gültigkeit für die ganze Oberlausitz erlangen. Die Firmen haben bisher alles getan, um die Verhandlungen zu verschleppen. In Wiesbaden stehen seit 5 Wochen 50 Steinmehnen und Schleifer im Streik. Die Arbeiter haben nur ganz minimale Lohnforderungen gestellt.

Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik. Nach dreitägigem Streik hat das Personal der Heymannschen Mühle in Wanneheim den Abschluß eines Tarifvertrages erreicht. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde täglich verkürzt und der Lohn um 1,80 bis 2.—Mk. pro Woche erhöht. Die Nachtlöhne wurden mit 80 Pfg. pro Woche extra entschädigt und die Abersstunden mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Außer sonstigen Verbesserungen wurde auch ein jährlicher Urlaub von 2—5 Tagen für das gesamte Personal festgelegt.

Unternehmerverprechen. Bei der Firma Kunze (Färberei) in Heimbrecht (Oberfr.) ist ein Streik ausgebrochen, weil die Firma Abmachungen, die sie vor drei Wochen mit ihren Arbeitern vereinbarte, nicht halten will. Es wurde damals ein Mindestlohn von 2,45 Mk. pro Tag für alle über 20 Jahre alten Arbeiter festgelegt. Interessant an der Sache ist, daß ein Herr Hermann, Besitzer des liberalen Hofers Anzellers, Vertreter dieser Firma ist. Vor 3 Wochen war Herr Hörmann ganz entrüstet, daß der damalige Streik ohne vorherige Verhandlung ausgebrochen war. "Was müssen die Herren von der Regierung, welche mich alle kennen, von mir denken?" sagte Herr Hörmann. Ja, was werden aber jetzt die Herren von der Regierung, von Herrn H. denken, wenn sie hören, daß er Abmachungen mit seinen Arbeitern nicht hält?

Aus Skandinavien.

Eine genaue Zählung der Ausgesperrten im schwedischen Baugewerbe durch die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen ergab die Zahl von rund 12000 Maurern, Hilfsarbeitern, Malern und Bautischlern. Die meisten Arbeitgeber haben nicht Order pariert und im Vorstand des Zentral-Arbeitgebervereins ist man darüber natürlich verblüfft und wütend. Man will die widerspenstigen Unternehmer zur Aussperrung zwingen, indem man mit allen Mitteln versucht, die Zufuhr von Material abzuschneiden. Gelingen wird dies aber nicht, denn die Zahl der nicht aussperrenden Unternehmer ist zu groß, so daß die Lieferanten von einem etwaigen Boykott der Macher im Arbeitgeberverein nichts zu fürchten haben. Der größte Teil der Bauunternehmer ist nämlich froh, daß die Arbeiter unter den Bestimmungen des alten Tarifs weiter arbeiten wollen, und zwar die nächsten fünf Jahre; ginge es aber nach dem Willen der Scharfmacher im Arbeitgeberverein, würde der ganze Sommer vorübergehen und die Bauaktion würde infolgedessen ergebnislos für die Unternehmer sein, ohne Gewähr dafür zu haben, ob dieser heraufbeschworene Kampf nicht noch obendrein die Nachteile erhöhter Löhne mit sich führen wird.

Die Belagerung der meisten Unternehmer, sich dem Aussperrungsbeschluss der Scharfmacher zu fügen, läßt hoffentlich auch auf die Unternehmer in Dänemark und Norwegen einen günstigen Einfluß aus. Denn es ist kein Zweifel, auch in Dänemark steht man einer Aussperrung, um den Norwegern zu Hilfe zu kommen, größtenteils ablehnend gegenüber; die kleineren und mittleren Unternehmer haben sich ganz deutlich dahin ausgesprochen.

Die Empfindung hat übrigens der norwegische Arbeitgeberverein wahrscheinlich selbst schon gehabt, daß er in diesem Kampf doch nicht so ganz sich auf die Unternehmer der Nachbarländer verlassen kann, trotz der durch Vertrag gesicherten Unterstützung. Denn man hat endlich doch Veranlassung genommen, die Hilfe der von der Regierung eingeleiteten Vermittler anzurufen. Man verhandelt schon seit zwei Tagen, ohne bis jetzt zu einem Resultat gekommen zu sein. Die Tatsache, daß Tausende von unorganisierten Arbeitern mit ihren organisierten Kameraden gleiche Sache gemacht und die Arbeit mit ihnen verlassen oder gekündigt haben, hatten die Unternehmer nicht erwartet. Sie hofften mit Hilfe der Unorganisierten die Betriebe aufrecht erhalten zu können.

Die Stimmung der Arbeiter ist vortrefflich. Viele der norwegischen Ausgesperrten sind vorläufig auf dem Lande bei den Bauern tätig und benötigen deshalb keine Unterstützung. Ein Sammlungskomitee ist über das ganze Land errichtet und die Sympathie für die Arbeiter nimmt täglich zu, besonders da sie sich jedes Alkoholgenusses enthalten. Große Erbitterung erweckt die Nachricht, daß die Direktion des Bergwerkes Sultjelma ihren ausgesperrten Arbeitern die dem Bergwerk gehörigen Arbeiterwohnungen gekündigt hat und mit Ermittlung droht, wenn sie nicht zur bestimmten Zeit geräumt sind. Erfolgt die Erweiterung der Aussperrung, dann sind im ganzen 35000 bis 38000 Arbeiter arbeitslos.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 17. Juli 1911.

Der erste Vorsitzers-Stellvertreter Dr. Gschenburg eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. und dankt zugleich für das Vertrauen, das ihm durch die Wahl bezeugt wurde. Er teilt ferner ein Schreiben vom 9. Armeekorps mit, in dem die Bürgerschaftsmitglieder zur Kaiserparade in Altona eingeladen werden — freilich kostet die Teilnehmerkarte 20 Mark.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Klärung der Äußerung des Senates zu den Beschlüssen:

Als Hedwig aus der Küche herbeistrückte, fand sie den geliebten Vater am Herzen ihres Geliebten.

"Reisen wir geraden Weges nach Liebenau?" fragte am anderen Morgen der Rittmeister, der wie neugeboren durch seines Kindes Glück überglücklich schien.

"Geragen Weges," sagte Anton.

"Und ist es wahr," fragte wieder Hedwig, indem sie von den großen Koffern wegtrat, welche die Leute aus dem Gasthause von Antons Reisefutische abgeschraubt, und die jetzt eilig gepackt werden sollten, — "ist es wahr, daß Sie gestern Abend noch zwei Stafetten fortgeschickt haben, Anton?"

"Vollkommen wahr. Die eine direkt nach Liebenau, die andere nach Sophiental."

"An die Gräfin?"

"An Gräfin Julia."

Hedwig sah ihn an, als wollte sie sagen: "Ich kann mir schon denken, warum diese Stafetten geschickt wurden; es ist wegen der Boranstalten für... aber ehe ihre Gedanken noch Worte wurden, fand sie schon wieder zwischen Wache und Koffer, ihre und ihres Vaters Wäsche zu ordnen.

"Was für eine Geborene ist Ihre Pflegemutter, mein teurer Graf?"

"Bester Vater, Sie nennen mich immer Graf —"

"Graf, oder Anton, oder lieber Sohn, wie sich's gerade fügt. Warum sollte ich Sie denn nicht Graf nennen?"

"Weil ich's nicht bin."

"Ja, sind Sie denn wirklich nicht adoptiert?"

"Nein, durchaus nicht! Mein Vater ist gestorben, ehe noch die Vermittlung seiner Gemahlin —"

"Freund, Sie führen doch seinen Namen?"

"Seinen Namen? Ich heiße Hahn."

"Ganz richtig. Und hieß denn Ihr Herr Vater anders?"

"Sie verlangen doch nicht, daß mein Vater Hahn geheißen haben soll?"

(Fortsetzung folgt.)

den Worten: "Hier ist!" vor sich, ließ sie verlegen und eilig davon.

Der Diener fragte nach dem Rittmeister. Hedwig ließ ihn eintreten. Er meldete "seinen Herrn" an, der um eine Unterredung mit dem Herrn Rittmeister bitte, in einer für beide Teile wichtigen Angelegenheit.

"Das muß ein Irrtum sein," sagte der Rittmeister, "ich wüßte wahrlich keinen Menschen, für welchen eine Unterredung mit mir von Wichtigkeit sein könnte. Wie heißt Ihr Herr?"

"Hahn."

"Und sein Stand?"

"Gutsbesitzer."

"Und er kommt?"

"Von Liebenau."

"Wenn Sie sicher sind, daß er mich wirklich aufsucht, so sagen Sie ihm, es wird mir eine Ehre sein, ihn zu empfangen. — Keine Idee, Hedwig, wer dieser Mann, was er sein mag, was er von mir will. Hahn von Liebenau? Hast Du dergleichen jemals gehört?"

"Niemand, lieber Vater!"

"So ist er's am Ende gewesen, der da mit Extravost anlangte, nicht unser General. Hier Pferde, sagst Du? Gut, Hahn von Liebenau scheint hoch zu fliegen, scheint ein reicher Hahn zu sein! Aber was lüch dieser Hahn in meinem Korbe? Bei einem zusammengehauenen Rittmeister auf Halbleutnantslohn? Unerklärlich! — Ich glaube, ich höre ihn schon. Geh, Hedwig, laß uns allein; ich fürchte, der Hahn kräht mir schlechtes Wetter oder sonst etwas Schlimmes. Wir ist so unruhig zumute wie vor meiner ersten Schlacht. Geh, Hedwig, laß mich mit ihm allein."

Hedwig gehobte, und im Gehen sagte sie: "Ich weiß nicht, Vater, was Du hast. Mir ist nun gerade zumute, als ob dieser Hahn gutes Wetter prophezeit."

Sie hatte kaum das Zimmer verlassen, um sich nach der Küche zu begeben, da trat Anton durch die Tür vom Flur herein.

Der Rittmeister machte Miene, sich zu erheben. Anton bat ihn dringend, sitzen zu bleiben.

Ihre Stimme klingt mir sehr bekannt, doch halb blind, wie ich bin, sehe ich Sie nicht deutlich und weiß wahrlich nicht, ob Sie schon früher sah und kannte."

"Sie kannten mich, Herr Rittmeister. Da wir uns sahen, vernünftigen Sie mich und wiesen mir als einem Unwürdigen Ihre Tür."

"Mensch — Sie — Anton —"

"Anton, derselbe Anton, den Sie zu sich beriefen, damit Ihre Tochter mit ihm französisch rede; derselbe, den Sie als Verführer fortgeschickten, damit er niemals wiederkehre! Derselbe und dennoch ein anderer. Daß ich mich vor Ihnen zu zeigen wage, mag Ihnen Bürgschaft sein, ich komme mit ehrlichen Absichten, mit gutem Willen. Nicht als ob es dem armen Anton daran gefehlt hätte, so lange er noch der arme Anton war. Ich nein, der Wille war immer gut, die Liebe immer aufrichtig und rein; — doch wodurch konnte ich das beweisen in meiner Stellung, ein Landstreicher ohne Mittel, ohne Ausflüchte! Sie trieben mich hinaus in die weite Welt, und ich gehorchte, ich ging; ich bemühte mich, zu vergessen. Da wendet sich mein Schicksal: was ich seit sieben Jahren für einen unerfüllbaren Traum gehalten, was ich in nebelhafter Ferne wie Lorheit betrachtet, senkt sich auf einmal als Wahrheit, als Wirklichkeit zu mir herab. Ich finde einen Vater, — eine Mutter öffnet mir die Arme, — ich werde ein wohlhabender Mann, ich bin selbstständig, frei, Herr meiner Zukunft. Und der erste Gebrauch, den ich von dieser Freiheit, dieser Selbstständigkeit des Besizes mache, ist der, daß ich zu Ihnen eile, daß ich Ihre Hand ergreife, Verzehrung erlebend für den Reichthum, aus dem Ihr Jörn, Ihre gerechte Entlohnung mich aufschreckte; daß ich komme, Sie zu fragen, ob Ihre Tochter für mich empfindet wie sonst, daß ich den Vater bitte, bei Hedwig mein Freiwerber zu werden."

Der Rittmeister hielt die dargebotene Hand mit der Rechten fest, mit seiner Linken streichelte er sie und zitterte dabei so heftig, daß Anton ihn ängstlich befragte, ob er einen Fieberanfall befürchte. Der alte Soldat jedoch fand keine zusammenhängenden Worte: "Aber-tafung, — grausamer Vater gewesen, — Ehre — guter Ruf, — gehorsame Tochter, — Tränen, — Liebe, — kann's nicht glauben, — zu großes Glück, — arme Hedwig, — Herr Graf, Herr Graf!" Dann fing er laut zu schluchzen an, wie ein kleines Kind und sank mit trankhaftem Puck dem erschrockenen Anton in die Arme. Dieser lächelte ängstlich nach Hedwig.

der Bürgerschaft über 1. den Senatsantrag vom 7. Juni ds. Js. betreffend Aufbesserung der Bezüge der Bureauhilfsarbeiter, 2. den Senatsantrag vom 28. Juni ds. Js. betreffend den Bau einer Straßenbahn Lübeck-Schwartau.

Senator Dr. Eichenburg teilt mit, daß der Senat auf das Gesuchen der Bürgerschaft bezüglich der Versteuerung des Nebenverdienstes der Beamten und Rentner nicht eingehen könne; der gewerbliche Nebenverdienst bei Beamten sei sowieso an die Genehmigung der Behörde gebunden. Der Senat ist ferner den Beschlüssen der Bürgerschaft, die Gehaltserhöhung der Bureauhilfsarbeiter betreffend, beigetreten; desgleichen akzeptierte er die Bürgerschaftsbeschlüsse betr. den Straßenbahnbau Lübeck-Schwartau, nachdem der Gemeinderat von Schwartau die gestellten Bedingungen angenommen hat.

Weiter wünscht der Senat eine Fristverlängerung bis zum 1. Oktober zur anderweitigen Regelung der Pensionsverhältnisse der Beamten.

Meinke (Travemünde) fragt an, ob der Gemeinderatsbeschluss auch vollständig sei.

Senator Dr. Lienau: In der Sitzung hat auch ein Regierungsvertreter teilgenommen und keinen Einspruch erhoben.

Senator Dr. Eichenburg zerstreut die Bedenken Meinke's. Der Vertrag habe volle Gültigkeit und werde von der Regierung nicht angefochten.

Wortführer Dr. Eichenburg: Die Bedingungen der geheimen Bürgerschaftsversammlung sind damit erfüllt, das Protokoll der Sitzung soll veröffentlicht werden. — Jedem Mitglied sei es vorbehalten, zu den Ausführungen betr. den Nebenverdienst der Beamten einen Antrag zu stellen.

Heinsohn befragt einen solchen für die nächste Bürgerschaftssitzung. Er wird genehmigt.

Es folgt die Besprechung des Berichtes der Sektion für die Straßenbahn, betr. Einführung von Zeitfahrkarten bezw. deren Beibehaltung auf der sog. Marllbahn.

Lippert stellt den Antrag auf Kommissionsberatung. Durch die Abschaffung des Zeitabonnements sei eine Verschlechterung eingetreten. Viele Leute hätten die Wohnungen in Marll nur gemietet, weil sie billige Straßenbahnabonnements hatten. Jetzt ist dieser Erfolg zunichte gemacht. Hätte man früher gewußt, daß die Abonnements aufgehoben werden sollten, würde man der Vorlage s. Zt. nicht zugestimmt haben. Es sind uns nur alte Gründe mitgeteilt worden, deshalb ist eine neue Prüfung nur von Vorteil.

Die Ziele unterstützt diese Ausführungen und kritisiert den geringen Überstundenlohn der Straßenbahner. Sie erhalten 37 Pfg. Stundenlohn und für Überstunden nur 25 Pfg.

Kommissionar Scharff antwortet Lippert, daß die Kommission seinerzeit die Aufhebung der Abonnements angefochten habe. Arbeiterfahrkarten würden wohl eingeführt werden. Er empfiehlt Kommissionsberatung.

Rud. Thiele ist der gleichen Ansicht. Verschlechterungen sind z. B. bei der Linie Rohlmarit-Schwartau eingeführt worden. Früher konnte man bis nach dem Rohlmarit fahren, heute nur bis zum Schlachthof. Eine kleine Strecke von 325 Metern hätte man noch in die Zone einbeziehen müssen.

Senator Dr. Lienau geht auf die Einwürfe Lipperts ein. Alle Einwohner hätten dasselbe Recht auf Vergünstigung, nicht nur Marll, deshalb sei seinerzeit der Antrag Schulmerich abgelehnt worden. Das Publikum habe wohl ein Recht auf Abonnements, die auch eingeführt werden könnten, wenn ein Einnahmeausfall verhindert würde. Der Preis müßte dann von vornherein entsprechend erhöht werden. Die Anfragen bei anderen Straßenbahndirektionen betreffs des Abonnements hatten keine günstigen Antworten zur Folge; sie raten allgemein von deren Einführung ab. Höchstens dort, wo der Verkehr nicht stark genug ist, sollten sie benutzt werden. Wie sich die Bahn innerhalb der Stadt entwickelt, wissen wir nicht, drängen Sie uns nicht zu Maßnahmen, die die Stadt schädigen. Wir machen alles, das zum Wohle der Gesamtheit dient. Seit 1895 haben wir keine Abonnements in der Stadt gehabt, nur die Morllinie hatte eine Ausnahme gemacht. Schluszeit ist die Frage noch nicht, deshalb hat eine Kommissionsberatung vorläufig keinen Zweck. Sehen wir Abonnements fest und setzen den Preis zu niedrig an, dann wird es schwer halten, ihn wieder zu erhöhen. Von sechshundachtzig in Betracht kommenden Abonnenten in Marll haben nur 14 im Januar die Wohnung gewechselt, und davon nur zwei wegen Aufhebung der Abonnements.

Stellung: Von 86 Abonnenten sollen nur zwei die Wohnungen gewechselt haben. Aber Marll kommt nicht allein in Frage. Durch die Einführung der Arbeiterwochenkarten und die Beschränkung der Abonnements sind die Schädigungen schon viel früher eingetreten. Es kommt wohl darauf an, wenn der Arbeiter mehr bezahlen soll. Fragen Sie einmal die Hausbesitzer in Marll, dann werden Sie wohl eine andere Meinung hören. Kommissionsberatung ist sehr notwendig, denn die Abonnementsbündel haben nur geringe Vorteile. Es ist sehr wohl möglich, vorsichtig zu operieren und zugleich den Wünschen des fahrenden Publikums entgegenzukommen. Es sind hier vielfach tote Strecken vorhanden, dieselben nicht rentieren, diese dürfte man nicht in Betracht ziehen. Redner fragt, ob denn nicht eine einzige Bahn vorhanden sei, die sich zugunsten der Abonnements ausgesprochen hätten. Die Privatgesellschaften, die doch auf den Profit ausgehen, stehen sich doch gut dabei. Wir haben bei Einführung des Zonen-tarifs betont, daß Verschlechterungen eintreten würden. Und sie sind eingetreten. Mich haben die Ausführungen des Senats nicht überzeugt. Wollen wir abwarten bis der Senat es für gut findet, dann herben wir alle zusammen, bis es soweit ist. Kommissionsberatung ist notwendig.

Senator Dr. Lienau: Die Privatgesellschaften, die Herr Stellung anführte, kommen gar nicht in Betracht. Wir wollen selbstredend Abonnements, aber jetzt noch nicht.

Heinsohn: Den Arbeitern, die in der Stadt wohnen und vor dem Tore arbeiten, sollte die Vergünstigung auch zuteil werden. Man hört überall, wenns sich um Beamte handelt, daß das Gehalt notwendig zum Unterhalt sei, aber niemals werden die Kleingewerbetreibenden einbezogen, diesen sollte man zu bestimmten Tageszeiten auch gestatten, zu Vorzugspreisen die Bahn zu benutzen.

Schulmerich bestreitet, daß er behauptet habe, viele Leute seien von Marll fortgezogen, weil man die Abonnements aufgehoben habe. Er verliest den betr. Abschnitt aus dem stenographischen Bericht als Bestätigung seiner damaligen Ausführungen. Der Senat hat wohl gesagt, die Abonnements auf der Marlllinie seien aufgehoben worden, weil gleiches Recht für alle geschaffen werden sollte. Das Abonnement sollte aber so lange auf der Marlllinie beibehalten werden, um es auf den anderen Linien schneller zu bekommen. Es könnten aber doch Streckenabonnements eingeführt werden, selbst wenn da und dort ein kleiner Schaden eintreten würde. Wir müssen bis zu einer gewissen Grenze die finanziellen Interessen berücksichtigen, aber unter gewissen Bedingungen müssen wir das Wohl der Gesamtheit ins Auge fassen, selbst wenn eine kleine Schädigung eintritt. Auf der Bahn und dem Schiff nach Schwartau haben wir Abonnements, bei der neuen Linie nach Schwartau sollen 20 Pfg. bezahlt werden; ob sich das nicht empfiehlt, rechtzeitig Abonnements einzuführen? Ferner kritisiert Redner den Begriff Arbeiter, wie ihn die Straßenbahn auffaßt. Eine Verkäuferin, die 1200 Mk. verdient, hat sicher auf die Vergünstigung keinen Anspruch. Er führt einen Fall an, daß ein Lehrling täglich für die viermalige Fahrt bezahlen muß. Da müßte die Frage doch aufgeworfen werden, ob man den § 7 nicht auch anders auslegen könne.

Senator Dr. Lienau verliest eine andere Rede Schulmerich's, in der Schulmerich behauptete, daß verschiedene Leute von Marll weggezogen seien, weil sie schwere wirtschaftliche Schädigungen erlitten hätten. Daraufhin habe die Behörde nachgeforscht und sei zu einem andern Resultat gekommen, das habe er dem Vorredner zu erwidern. Bei den Arbeiterfahrkarten sei die Behörde an das Reichsstempelgesetz gebunden, sie müsse deshalb den Begriff streng festhalten.

Lippert hätte in der Beibehaltung der Abonnements auf der Marllbahn keine Benachteiligung der anderen Linien gefunden. Bei jeder Neubewilligung der Straßenbahn wurde darauf hingewiesen, daß durch Erweiterung des Netzes gutes Bauland erschlossen werde. Die Garantien in Moisling haben doch sicher auch auf Abonnements gerechnet, sonst würden sie vielleicht nicht gezeichnet haben. Es müßten auch soziale Gesichtspunkte in die Erscheinung treten, nicht nur finanzielle. Den Antrag Schulmerich vom Jahre 1910 habe die Behörde nachgeprüft, jetzt könne auch einmal eine Kommission nachprüfen. Redner bemängelt die niedere Grenze des Einkommens von 1200 Mk. bei Arbeiterfahrkarten. Eine Erweiterung sei notwendig.

Senator Dr. Lienau weist darauf hin, daß die Nachforschung betr. Wohnungskündigungen in Marll sich nur auf die Abonnenten bezogen haben.

Dr. v. Brocken glaubt, daß eine Kommission zu keinem andern Resultat gelangen würde. Richtig ist der Standpunkt nicht, daß soziale Gesichtspunkte allein maßgebend sein sollten. Wir hätten bereits 6 Millionen in die Bahn gesteckt, da heiße es sehr sorgsam wirtschaften. Trotz des bisherigen günstigen Ergebnisses sei nicht ausgeschlossen, daß es sich ändern werde. Man wisse noch nicht, wie die Linie nach Schwartau sich rentiere. Die Herren mit den sozialen Gesichtspunkten würden vielleicht bei einer späteren Abrechnung große Augen machen. Für die Vorstädte müsse gleiches Recht für alle gelten.

Wasch bemängelt, daß die Strecke nach Moisling vorläufig nur bis zur Schule ausgebaut werden sollte. Auch der Bau dieser Strecke gehe viel zu langsam vor sich. Seit drei Monaten baue man an der Strecke von der Finkenstraße bis Lindenplatz.

Senator Dr. Lienau: Die Strecken wurden doch in verschiedenen Zeiträumen bewilligt, wir müssen auch bis zum Erhalt des Materials warten. Es wird dann unverzüglich weitergebaut.

Stellung: Es wäre richtiger, eine Strecke völlig auszubauen, statt an allen Ecken und Enden anzufangen. Die Kirchhoflinie hätte schon längst fertig sein müssen. Auch die Moislinger Linie sollte man gleich ausbauen. Das Material kann doch schneller beschafft werden. Herrn Dr. v. Brocken gegenüber betone ich, daß die finanzielle Seite nicht ausschließlich in Betracht gezogen zu werden braucht, die Bahn ist doch in erster Linie Verkehrsmittel. Zur Frage der Arbeiterfahrkarten betont Redner, daß man eventuell die Wähler der zweiten Klasse zur Bürgerschaft an der Ermäßigung teilnehmen lassen könnte. Auch kritisiert er die niedere Bezahlung der Angestellten während der Volksfesttage.

Senator Dr. Lienau: Für die Leute ist in jeder Hinsicht gesorgt. Sie bekommen außerdem 6,50 Mark pro Tag.

Aug. Wape bemängelt die langsame Bauweise der Straßenbahn und führt einzelne verfahrenere Zustände an. Die Verkehrsverhältnisse seien jetzt sehr schlecht.

Gosch konstatiert, daß die Hansialtraßen-Linie nach derjenigen der Moislinger Allee beschlossenen sei, trotzdem werde sie vorher fertiggestellt sein.

Senator Dr. Lienau: Die beiden Linien werden zu gleicher Zeit in Betrieb gestellt.

Wabender erde glaubt, daß ein Teil der wirtschaftlichen Schädigungen einzelner Bürger auf die Maßnahmen der Behörden zurückzuführen seien.

Beck wünscht auch die Wohnungen in der Stadt in Betrachtichtigung gezogen, wenn neue Linien in Vorschlag kommen.

Der Antrag Lippert auf Kommissionsberatung wird angenommen.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Das Anwachsen der Großstädte.

Ohne in die agrarischen Übertreibungen zu verfallen, die unsere großen Städte wenig geschmackvoll als „Wasserköpfe“ bezeichnen und ihr Wachstum, ja schon ihre bloße Existenz schlechtlich als etwas Ungeheures erklären, muß man doch gerade als Sozialist die rapide Zusammenballung der Volksmassen in den großen Städten bedenklich finden, zumal wenn ihr ein Zurückbleiben der Volksvermehrung in den Mittel- und Kleinstädten, ja sogar eine Volksabnahme auf dem platten Lande gegenübersteht, wie das in Deutschland tatsächlich der Fall ist. Einer kürzlich erschienenen Studie des Direktors Neuhaus vom Statistischen Amt zu Königsberg entnehmen wir darüber die folgenden Angaben:

Die 42 deutschen Städte mit je über 100 000 Einwohner, die wir Großstädte nennen, hatten insgesamt eine Bevölkerung von (in abgerundeten Zahlen):

1882	1895	1907
3 327 000	7 080 000	11 790 000

Ihre Bevölkerung hat sich also in diesen 25 Jahren verdreifacht. Ihnen gegenüber wuchsen alle übrigen Städte nur wie folgt:

1882	1895	1907
15 575 000	18 770 000	24 045 000

Die Zunahme ist hier, wie man sieht, viel geringer gewesen. Noch lange nicht einmal verdoppelt hat sich der Bestand von 1882. Auf dem Lande aber ist gar eine direkte Abnahme zu konstatieren. Dort betrug die Bevölkerung:

1882	1895	1907
26 918 000	25 972 000	25 883 000

Nimmt man die großen und kleinen Städte zusammen, so wohnt heute bereits die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in den Städten. Wir hatten:

1882	1895	1907
18 900 000	25 900 000	35 835 000
auf dem Lande	26 918 000	25 972 000
25 883 000		

Bemerkenswert ist dabei, daß diese Umkehrung des früheren Verhältnisses in der Hauptsache auf diejenigen Personen zurückzuführen ist, welche die Statistik als Dienende und als Angehörige bezeichnet, also nicht auf die Erwerbstätigen. Im Gegenteil, die haben auch in den kleinen

Städten wie auf dem Lande zugenommen, wenigstens nicht so stark wie in den Großstädten. Es betrug die Zahl der Erwerbstätigen:

	in den Großstädten	in den anderen Städten	auf dem Lande
1882	1 840 000	5 850 000	10 440 000
1895	2 900 000	7 280 000	10 600 000
1907	4 980 000	9 540 000	12 900 000

Gewiß ist ja auch hier das Wachstum in den Großstädten bedeutend geschwinder gewesen; auch die Erwerbstätigen haben sich dort fast verdreifacht, in anderen Städten haben sie sich noch lange nicht verdoppelt, auf dem Lande sind sie fast unverändert geblieben; aber es ist doch immer noch eine Vermehrung da. Dagegen betrug die Zahl der Angehörigen:

	in den Großstädten	in den anderen Städten	auf dem Lande
1882	1 688 000	8 517 000	14 756 000
1895	3 488 000	10 019 000	14 010 000
1907	5 705 000	12 404 000	12 114 000

Hier zeigt also die direkte Abnahme auf dem Lande bereits ein, die freilich bei den Dienenden noch viel rascher gewesen ist. Deren Zahl betrug:

	in den Großstädten	in den anderen Städten	auf dem Lande
1882	187 700	564 400	572 900
1895	289 500	551 300	498 600
1907	402 400	576 200	498 200

Dabei fällt auf, daß es speziell die weiblichen Dienenden waren, die das Land offenbar in großen Scharen verlassen haben, um in die Großstädte zu wandern. Männliche Dienende gibt es in den Großstädten nur wenige Tausende, und deren Zahl hat sich noch dazu verringert von 5300 auf 4900 und zuletzt auf 3800. Das hindert freilich nicht, daß auch in den anderen Städten sowie auf dem Lande ihre Zahl schnell abgenommen hat, nämlich in den Klein- und Mittelstädten von 16 000 (1882) auf 5000 (1907), auf dem Lande von 20 800 auf 6400. Dagegen wurden weibliche Dienende gezählt in

	den Großstädten	den anderen Städten	auf dem Lande
1882	182 300	548 000	552 000
1895	285 100	543 000	485 700
1907	398 500	571 000	279 700

Die Gründe dieser allmählichen Entvölkerung des platten Landes sind oft genug erörtert worden. Es liegt indessen auf der Hand, daß die Flucht vom Lande in die Städte ein eigentliches Mittel gegen die Not des jetzigen Landlebens nicht ist. Denn es entstehen daraus andere schwere Schäden, z. B. die Ausbeutung der Zugezogenen durch den städtischen Wohnungswucher. Wirksame Abhilfe kann nur geschaffen werden durch einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, der die Vorteile beider vereinigt und allen Menschen zugänglich macht, aber freilich nur durch eine sozialistisch geregelte Wirtschaft erreichbar ist.

Soziales.

Um 175 Prozent gestiegene Preise für oberchlesische Kohle! Noch immer ruft die Behauptung in amtlichen Lehrbüchern der Volkswirtschaft und in rechtslehrenden Blättern herum, daß die Kartelle und Syndikate nicht nur preis-, sondern auch produktionsregelmäßig wirkten. Eine recht treffende Illustration gab dazu der Direktor der Rattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Bergrat Williger. Seine Gesellschaft feiert jetzt ihr fünfzigjähriges Jubiläum, dies ist auch aus dem Grunde bemerkenswert, weil dieses Unternehmen die Haupturheberin der oberchlesischen Syndizierung der Kohleninteressenten ist. Zu diesem Thema meinte der Bergrat Williger, von den „Großtaten“ des Unternehmens sprechend: „Es hieß Kohlen nach Oberschlesien tragen, wollte man darlegen, wie außerordentlich jenseitreich die oberchlesische Kohlenkonvention gewirkt hat. Es genügt nur zu erwähnen, daß der durchschnittliche Wert der Tonne oberchlesischer Kohle, der in der Zeit von 1870 bis 1889 trotz der bedeutenden Steigerung der Selbstkosten und namentlich der Löhne nicht nur völlig stagniert hatte, sondern sogar von 4,84 Mark im Jahre 1870 auf 3,78 Mk. im Jahre 1889 zurückgegangen war, unter dem Schutze der Konvention in stetiger, nur durch vorübergehende Rückschläge unterbrochener Entwicklung. Ich bis zum Jahre 1908 auf 8,99 Mark gehoben hat. Der kleine Rückgang der letzten zwei Jahre ist nicht von Belang.“ — So urteilt ein ganz genauer Kenner des Konventionswirkens über den „volkswirtschaftlichen“ und „preisregelnden“ Wert von dieser Vereinigung. Um rund 175 Prozent in zwanzig Jahren gestiegene Kohlenpreise, ein schöner Profit! Und die Arbeiter —?

Die gestiegene Existenz des Arbeiters. Die Ludwigshafener Industriewerke in Ludwigshafen beschäftigten seit 12 Jahren einen Arbeiter, der das Unglück hatte, vor einem Vierteljahr krank zu werden. Der Mann sollte nun in eine Heilanstalt kommen, um ganz kurirt zu werden. Am Montag erhielt er ein Schreiben von der Firma mit folgendem Inhalt:

Herrn hiermit Ihre Stellung bei uns per 22. ds. Monats.

Hochachtung (Unterschrift)

Welchen Erfolg wird nun die Kur haben, wenn der Arbeiter den peinigen Gedanken nicht los wird? Wie wird es nun werden, wenn du wieder nach Hause kommst, wer wird dich nach einer halbjährigen Krankheit beschäftigen wollen, wenn die Firma, der du zwölf Jahre deine besten Kräfte geweiht, dich rücksichtslos aufs Pfahler wirft? Als der Mann bei dem Betriebsleiter wegen seiner Kündigung vorstellig wurde, wurde ihm die Antwort, daß der Platz nicht so lange offengehalten werden könnte, obwohl zurzeit nicht gerade ein starker Geschäftsgang zu verzeichnen ist. Dann erlaubte sich der Betriebsleiter, dem Manne noch Bormühe zu machen, weil er sich noch nicht bedankt habe für erhaltenen Krankengeldzuschuß, obwohl dieser Zuschuß aus der Strafgedenkliste bezahlt wird. Eine humane Seite hat die Firma aber doch. Davon kann sich jeder durch das Zeugnis, das dem Arbeiter ausgehändigt wurde, überzeugen. Da steht am Schluß zu lesen: „Zu seinem Fortkommen wünschen wir ihm viel Glück.“ Ist eine solche Sorge um einen einfachen Arbeiter wirklich nicht rührend, zeugt sie nicht von wahrer christlicher Gesinnung und Nächstenliebe?

Aus Nah und Fern.

Preussische Polizeischneidigkeit. Der Berliner Jugendausschuß hatte für Sonnabend einen Vortrag angelegt, in welchem: „Leben und Dichten Schubarts“ behandelt werden sollte. Als der Redner sich eben anschickte, mit seinem Vortrag zu beginnen, erschienen ein Polizeileutnant, ein Wachtmeister, drei Kriminalbeamte und sechs Schutzleute auf der Bühne, um die Versammlung aufzulösen. Mit barocken Worten wurden die Anwesenden, etwa 25 bis 30 Personen,

aufgefordert, vor dem Total-Auffstellung zu nehmen. Der
Nachmeister marschierte mit dem Referenten einige hundert
Schritte voraus, dann kam unter Leitung des Leutnants der
geschlossene Zug. Auf der 5 Minuten entfernten Polizeiwache
erfolgte Notierung von Namen und Adresse, dann
einzelne Vernehmung, bei der man durch die nicht ganz ge-
schlossene Tür Sätze vernahmen konnte, wie „Halt's Maul,
frecher Lämmel“, sowie andere Rosenamen.

Die Aufgaben eines Offiziersbüros. Vor einiger
Zeit wurde der Bursche des Hauptmanns Venus vom
Infanterieregiment Nr. 190 in Offenbürg (Waden) plötz-
lich tobtüchtig. Man forschte nach der Ursache und stieß
dabei auch auf den folgenden Stundenplan, nach dem der
Soldat, den Befehlen seines Vorgesetzten entsprechend,
seine Arbeit einzurichten hatte:

Zur dienstfreien Zeit:

Von 5 1/2 bis 6	Uhr Kleiwasser kochen.
6	das Pferd füttern.
7	das Pferd pugen.
8	die Ziegen füttern.
8 1/2	den Ziegenstall reinigen, dann Garten- oder Hausarbeit verrichten.
11	Zeit zum Mittagessen.
11 1/2	die Ziegen füttern.
12	das Pferd füttern.
1	pugen.
2	im Garten oder Haus ar- beiten nach Anwei- sung der gnädigen Frau.
5 1/2	die Ziegen füttern.
6	das Pferd füttern.
7	die Ziegen tränken, den Stall streuen und in Ordnung bringen.

Von 8 Uhr ab hat der Bursche als Soldat an seine
eigenen Sachen sich zu machen bis 9 und 1/10 Uhr abends.
Es fehlt in dem Plan die Zeit für das Abendessen, die des-
halb überflüssig ist, weil der Bursche von abends 1/2 Uhr an
keinen Kaffee mehr erhält, da die Küche geschlossen wird. Von
1/10 Uhr an ist der Bursche frei, wenn er Urlaub zum
Ausgehen hat. Der Soldat hatte also von seiner minde-
stens 17- bis 18stündigen täglichen Arbeits-
zeit nahezu die Hälfte — 8 Stunden — zur Ausführung
von Hausarbeiten zu verwenden, die mit seinen dienstlichen
Obliegenheiten nichts zu tun hatten. In dieser Zeit war er der
„gnädigen Frau“ unterstellt, die über seine Arbeitskraft nach
ihrem Gutdünken verfügte. Dabei ist der Offenbürgen Fall
sicher keine Einzelercheinung; er dürfte sich mit entsprechenden
Variationen in zahlreichen andern Garnisonstädten
ebenfalls feststellen lassen. Offenbar verfolgen die
militärischen Vorgesetzten der zum Burschendienst kom-
mandierten Soldaten mit dieser Art „Erziehung zum
Waffenstand“ den Neben Zweck, den Nachweis dafür
zu führen, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang
ist. Ein Streben, das auch sonst im Machtbereich des Mil-
itarismus erkennbar ist. So meldet die bürgerliche Presse
gerade jetzt, daß allein vom Generalkommando des 8. Ar-
meekorps 23 jungen Handwerkern als Belohnung für gute
berufliche Leistung die Verechtigung zum Einjährig-Freiwill-
igendienst gewährt wurde, ohne vorherigen Nachweis einer
sogenannten wissenschaftlichen Bildung. Es ist natürlich nicht
einzusehen, warum den übrigen Soldaten das nicht recht
sein soll, was diesen 23 billiger ist, und so kann man wohl mit
Bestimmtheit darauf rechnen, daß die allgemeine Einführung
der einjährigen Dienstzeit nächstens vom Kriegsminister selbst
beantragt werden wird.

Mord. Bei Mündelheim im Kreise Düsseldorf wurde
die 24jährige Zigarettenarbeiterin Anna Geroges ermordet
aufgefunden. Die Leiche war entsetzlich verblutet. Der
Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Auf dem Südbesheimer Volksfestplatz raunte abends
ein Gejammer der Gummifabrik in eine Schar Kinder. Vier
von ihnen wurden überrannt und überfahren. Ein
14jähriges Mädchen war sofort tot; ein zweites Kind
liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Die anderen Kinder
wurden leichter verletzt.

Mut. In Kaiserlautern schoß der 24jährige
Fabrikarbeiter August Wuhles auf seine Schwä-
gerin, eine 32jährige Witwe, und verletzte sie leicht.
Dann brachte er sich durch zwei Schüsse tödliche Ver-
letzungen bei.

Der Herr Pfarrer hat's nüt gern. Auf dem
Land, nicht allzuweit von München, wohnt ein Bauer,
der reich mit Nachkommenschaft gesegnet ist. Augenblicklich
sind's vierzehn. Neulich kommt er nach München, um
seinen Bruder zu besuchen. Dieser nennt nur einen Spröß-
ling sein eigen, denn in der Stadt ist's Leben halt teuer.
Das Gespräch kommt auf die Kinder. Der Städter spricht
seine Verwunderung darüber aus, daß in der brüderlichen
Familie der Storch so gar oft Einfuhr halte; so viele Kin-
der könne man doch heutigen Tages gar nicht ernähren.
„Ach“, meint der andere, „wo der Herrgott a Häsel schickt,
da schickt er auch a Gräsel.“ Und dann, nach einer Pause,
fügt er noch hinzu: „Der Herr Pfarrer hat's a
nüt gern, wenn nüt a jed's Jahr oans
kummt!“ — *Scru, schau!*

Die freireligiöse Gemeinde Mannheim wählte anstelle
des nach 25jähriger Wirksamkeit zurücktretenden Predigers
Georg Schneider den Genossen Dr. Max Aurenbrecher
einmütig zum Prediger.

Übergriffe russischer Grenzsolbaten. Über eine neue
von russischen Soldaten begangene Grenzverletzung berichtet
ein Telegramm: Zwischen Myslowitz und Niska,
Oberösterreich, suchte eine Gesellschaft von Schmugglern durch
die russische Postkette hindurchzukommen. Die Wachen
wurden jedoch von russischen Grenzsolbaten bemerkt und
führten auf preussisches Gebiet, indem sie den Grenzfluß
Przemna durchwaten. Sie legten die Waren auf deut-
schem Gebiet am Ufer des Flüsschens nieder. Die russischen
Soldaten durchschritten darauf ebenfalls das Wasser und
schafften die Schmuggelwaren vom preussischen Gebiet auf
das russische hinüber. Der Wert der von den Russen er-
beuteten Waren wird auf dreitausend Mark geschätzt.

Abmarsch eines Fliegers. Der Flieger Brindjone
de Roulinais ist in Jijy les Roulineaux aus

einer Höhe von 50 Metern ab gestürzt. Sein Zustand ist
hoffnungslos.

Bergmannslos. Aus Eisenberg (Böhmen) wird ge-
meldet: Durch eine einstürzende Sohle im Grohmannschacht
wurden 5 Bergleute getötet.

Zwei Schiffe gesunken. Nach einer Meldung aus Port
Sinen (Costarica) ist der Dampfer „Irma“ infolge eines
Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Diamante“ bei San
Juan während eines Sturmes gesunken. 32 Passagiere
und ein Teil der Besatzung ertranken. — Bei
Großbirschheim bei Großföhren kenterte, wie aus Königs-
berg gemeldet wird, am Sonnabend früh ein Fischerboot.
Die aus drei Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Sechs Personen durch Konserven vergiftet. Aus
London wird telegraphiert: Eine direkte Vergiftung wurde
durch die Eße im Hollowell, Grafschaft Northampton, her-
beigeführt. Der Geistliche Carey, seine Frau, drei Kinder
und ein Gast ertranken nach dem Genuß von Konserven
unter Vergiftungsercheinungen. Das dreijährige Töchterchen
des Geistlichen ist bereits unter gräßlichen Schmerzen
gestorben. Die fünf anderen liegen ebenfalls hoffnungslos
darnieder.

Ein neuer Giftsturz in Amerika. Der während der
letzten Tage der großen Hitze in Newyork plötzlich eingetre-
tene Gismangel veranlaßte eine behördliche Untersuchung
der Ursachen. Wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird,
ergab sich, daß der Giftsturz die Gismischungen an die De-
tailhändler künstlich zurückgehalten habe. Die Schuldtra-
gen werden verfolgt. Eine schwere Bestrafung der Trufts
steht bevor. Dieser Truist hatte sich nach Auflösung des frü-
heren Giftsturzes unter Charles Morse, der derzeit eine fünf-
zehnjährige Zuchthausstrafe in Atlanta Georgia absüßt, ge-
bildet. Die Empörung über die künstliche Preiserhöhung
und die Ausbeutung der lebensgefährlichen Situation
der ärmsten Bevölkerung durch das Gismonopol ist eine
allgemeine.

Der Schrecken der Waldbrände in Kanada. Noch
immer kommen neue Floßposten aus den durch die Brand-
katastrophen verheerten Distrikten Kanadas, noch immer kom-
men Einzelheiten über herzerregende Szenen,
die sich während der Feuersbrünste abgespielt haben. Hun-
derte standen stundenlang in dem Wasser des Sees bei
Boreupine und mußten sich wegen der Tiefe des Wassers
hart am Ufer halten. Viele ertranken, andere wurden
durch die Hitze blind oder sichtlich verbrannt.
Man fand Körper, die vollständig verkohlt waren. Sol-
daten wurden mit Zelten und Decken für die Lebenden ent-
sandt, von denen viele obdachlos geworden sind. Es ist bis-
her unmöglich, die Zahl der Umgekommenen einigermaßen
genau festzustellen. Nach einem Telegramm aus Halley-
burg, Ontario, ist die Stadt Mathewson an der staat-
lichen Eisenbahnlinie vollständig von den Flam-
men zerstört worden. Ein Farmer, der nach Toronto
zurückgekehrt ist, ist der Meinung, daß in Mathewson, das
2800 Einwohner zählte, 500 Personen der Feuers-
brunst erlegen sind. — In den Kohlenruben von
Westome wurden bisher 271 Leichname aufge-
funden, die alle Italiener sein sollen.



Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleiht ihr dem
Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu eurer
Knechtung und, was noch schlimmer ist,
ihr betrügt euch selbst.

Jeder Alkoholgenuß ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unter-
stützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat,
der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie
führen einen Kampf gegen den Militarismus und den
Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alko-
holgenuß. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine
Not, aber sie tun es dennoch, schmecken ihre eignen Fesseln
binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich
ihren Klassegegnern aus durch den Alkoholgenuß!

Darum, nicht nur im Interesse des leidlichen Wohles
des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfen-
den Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenußes.
Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Reso-
lution.



Allerlei Wissenswertes.

Wie der Bierschaum entsteht.

Die Schaumbildung des Bieres unterscheidet sich wesent-
lich von den ähnlichen Erscheinungen anderer Getränke.
Selbst beim Schaumwein hat der Schaum eine ganz andere
Beschaffenheit. Er perlt in mächtigen Blasen auf, vermischt
aber als zusammenhängende Masse auf der Oberfläche
der Flüssigkeit und steigt nur in einzelnen Bläschen von
unten dauern nach. Ähnlich ist es sogar noch beim Weiß-
bier. Nur das Bier hält seinen Schaum längere Zeit als
diese Schicht fest, wenn es in gutem Zustand befindet.
Daß Schaum ein so einfacher Vorgang, den der Mensch denn
doch schon recht lange Zeit hat beobachten können, eine tief-
gründige Erklärung verlangt, beweisen die neuesten Unter-
suchungen, die von Professor Rohland in der Wochenschrift
für Brauerei besprochen worden sind. Die Schaumbildung
des Bieres ist nämlich nur zu erklären durch die Anwesen-
heit von sogenannten Kolloidstoffen, deren Kenntnis über-
haupt erst durch die Forschungen der letzten Jahrzehnte er-
mittelt worden ist. Hopfen und Malz sind die Zauberer, die
unter Mitwirkung der Gefe zahlreiche Bestandteile des Bieres
in einen solchen kolloidalen Zustand verwandeln, und zwar
sind sie sowohl im Bier selbst wie in der Würze vorhanden.
So kann sich im Bier ein Schaum bilden, ohne daß die
Flüssigkeit mechanisch bewegt, also beispielsweise gerührt oder
geschüttelt wird, wie es beim Schaumwein nötig ist, wenn

man ihn im Glase von neuem zu starkem Schäumen veran-
lassen will. Eine besonders wichtige Eigenschaft der Kolloide
des Bieres liegt auch darin, daß sie die Kohlenäure binden.
Daher hält sich das Bier wenigstens eine Zeitlang frisch, in
der andere Flüssigkeiten, zum Beispiel ein Mineralwasser,
längst gänzlich schal geworden wären.

Ein gefiederter Strauchritter.

Unter diesem Titel veröffentlicht W. W. J. Steiner in
dem oben erwähnten Heft 20 der „Natur“, dem Organ
der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Geschäfts-
stelle Theod. Thomae in Leipzig), einen interessanten Auf-
satz über den Eichelhäher, dem wir folgenden Auszug ent-
nehmen: Wenn der Lenz mit seinen duftenden Blumen ins
Land gezogen kommt, wenn des Kuckucks frühlingskündender
Ruf erschallt und die Herzen der Menschen mit Freude er-
füllt, dann hört man öfter denn je das „Rätsch, rätsch“ des
Eichelhähers, dieses gefiederten Strauchritters
unserer heimischen Wälder, aus dem nach
Gehörs erschallen. Schön können wir freilich
seine rauhen Stimmlaute nicht nennen; aber wer von den
Naturfreunden möchte sie missen im herrlichen deutschen
Wald? Für mich wenigstens gehört sein Ruf ebenso zu den
vertrauten Naturlauten, als das Quaken der Frösche in
launen Sommernächten. Doch nicht allein über das rauhe
Rätschen verfügt unser munterer Buschritter, sondern auch
über ein geringes Nachahmungstalent. Man möchte es
ihm garnicht zumuten, diesem gefiedernten Gesellen
aus dem Geschlechte der Raben. Oft wenn ich
sommernorgens waldbwärts stieg, lenkte der miauende
Ruf eines Buntardes meine Aufmerksamkeit auf
sich. Doch bei genauerem Durchforschen des Gehölzes flog
steils der Eichelhäher ab. Sein Flug hat etwas unlicherees,
und deshalb liebt er es nicht, über weite, ebene, baumlose
Flächen zu fliegen. Auf dem nächsten Baume macht er ge-
wöhnlich halt, um dann mit seinen einzelnen nachgekommenen
Gefährten weiterzustricken. Seines plumpen, schwerfälligen
Fluges wegen hält er sich auch am liebsten in den Vorbergen
auf, die reichlich mit einzeln stehenden Baumgruppen durch-
setzt sind. Wir finden den schmutzigen Burschen aber ebenso
gut im dunklen Forst, als im Laub- und Nadelwalde. Nur
zur Zeit des Brutgeschäftes versteigt er sich ins eigentliche
Hochgebirge. Sein aus Keilen, Heidekraut und dünnen
Blanzeln recht sauber verflochtenes Nest baut er auf Fichten,
einige Meter über dem Erdboden. In der zweiten Hälfte
des April finden wir in denselben 5 bis 9 Eier. Der Auf-
zucht der Jungen geben sich die Eltern, wie bei allen Naud-
vögeln, mit großer Aufopferung und Liebe hin. Es muß
uns wundern, daß die Eichelhäher, trotzdem sie zeitig im
Frühjahre zur ersten Brut schreiten, sich doch zu keiner zwei-
ten entschließen können, obwohl ihnen Zeit genug noch zur
Verfügung stände.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 15. Juli.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. 190—198 Mk. Roggen 116—
123 Pfd., holl. 160—170 Mk., Gerste, nach Qualität
160—170 Mk. Hafer, nach Qualität, 165—175 Mk. hoch-
fein über Notiz, per 1000 Kilo.

Lübeker Marktpreise vom 15. Juli.

Bauern-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Meierei-Butter
Pfd. 1,30 Mk., Käse — Mk., Enten 3,00—4,00 Mk.,
Hühner 2,00—3,00 Mk., Küten Stück 1—1,40 Mk., Tauben
Stück 0,55—0,60 Pfd., Göffel Stück —, Mehl, Fliegans
2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd.
45—60 Pfg., Würst Pfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pfg.,
Kerfinge — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg.,
Sarpen — 0,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk.,
Schleie Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pfd., Dachte Pfd.
70—80 Pfd., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk.,
Karautischen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl
d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken,
100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel-
verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen, pr. 100 Pfd.
Mk., Rirschen Pfd. 25—30 Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd.
50—80 Pfd., Mand Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 14. Juli.

Auftrieb 1989 Schweine. Markt langsam. — Aber
stand 50 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht
nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,—
(— bis 43,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260
Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,00 (— bis 43,—) Mk.,
Mittelschwere, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis
56,— (43,— bis 48,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200
Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 56,00 (43,00 bis 43,50 Mk.)
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 54,00 (38,00 bis
41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis
50,— (— bis 40,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22
Prozent, 45,— bis 48,— (35,00 bis 37,50) Mk.

Briefkasten.

2 Streitende. Die Einteilung sämtlicher Thermometer
nimmt ihren Ausgang von dem Wärmeunterschied zwischen
Gefrierpunkt und Siedepunkt des Wassers. Dieser Zwischen-
raum wird bei Reaumur in 80, bei Celsius in 100 und bei
Fahrenheit in 180 Grade oder Teile eingeteilt. Während
nun der Nullpunkt des Reaumur- und des Celsius-Thermo-
meters den Gefrierpunkt anzeigt, ist dies bei dem Thermo-
meter nach Fahrenheit schon der 32. Grad über 0. Der
Siedepunkt liegt nun bei Reaumur auf dem 80., bei Celsius
auf dem 100. und bei Fahrenheit auf dem 212. Grad.


Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen

jeder Art für Vereine, Hand-
werker und Gewerbetreibende
werden sauber und pünktlich aus-
geführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“

Wissen Sie schon?

Auch Gemüse aller Art wird besonders schmackhaft, wenn beim
Anrichten einige Tropfen



MAGGI'S Würze

beigefügt werden.

